



Österreichische Gesellschaft
für Kulturpolitik

Jahrbuch **2009**

Dr. Josef Kirchberger (Präsident)
Harald Krassnitzer (Kuratoriumsvorsitzender)
BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek (Vizepräsidentin)
Abg.z.Nr. Mag. Christine Muttonen (Vizepräsidentin)

Vorwort

Wieder ist ein Jahr vergangen und die Gesellschaft für Kulturpolitik legt mit dem vorliegenden Jahresbericht 2009 Rechenschaft über ihre Aktivitäten und Tätigkeiten ab. Bevor ich inhaltlich einige Anmerkungen mache, ist es mir ein Anliegen den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand so wie allen Mitgliedern, die uns ideell wie materiell unterstützen, zu danken. Ganz besonders danken möchte ich unserer alten und neu bestellten Geschäftsführerin Sylvia Unterrader, die uns leider nach kurzer tatkräftiger Unterstützung als Geschäftsführerin schon wieder verlässt.

Auch im vierten Jahr meiner Präsidentschaft sind leider die Herausforderungen für die Kulturpolitik nicht kleiner geworden. Mit zahlreichen Veranstaltungen haben wir wie in den vergangenen Jahren versucht, Problembewusstsein zu schaffen, den offenen Diskurs zu pflegen und Lösungen vorzuschlagen. So ist leider die soziale Lage der Künstler noch immer ein brennendes Thema und wir haben daher dazu zu einem runden Tisch eingeladen und in der Folge eine Diskussionsveranstaltung im Parlament abgehalten. Aus Anlass der EU-Wahl widmeten wir ein Podiumsgespräch dem Thema „Ein sozial gerechtes Europa“. Einen viel beachteten Beitrag zur anhaltenden Debatte über die ORF-Reform konnte unsere Podiumsdiskussion „Was erwarten wir vom öffentlich-rechtlichen Bildschirm“ leisten. Das Jahr abgeschlossen haben wir mit einer Lesung von Michael Amon und einer Diskussion zum Thema „Kulturpolitik und 1989“.

Ich denke, dass der vorliegende Arbeitsnachweis über das Jahr 2009 einmal mehr darauf hinweist, wie notwendig es ist, dem kulturpolitischen Dialog ein Forum zu bieten.

Dr. Josef Kirchberger

Die soziale Lage der Künstler/innen

zwischen Wertschöpfung und öffentlicher Verantwortung

25. März 2009 • SPÖ-Klub im Parlament

Podiumsdiskussion mit: Susanne Schelepa, L&R Sozialforschung; Sabine Prokop, IG Freie Theater & Kulturrat Österreich; Christine Muttonen, Abg. z. NR Peter Rantaša, Musikinformationszentrum Austria; Gerhard Ruiss, IG AutorinnenAutoren; Dr. Josef Kirchberger, Österr. Gesellschaft f. Kulturpolitik



Josef Kirchberger: Das Thema „Soziale Lage von KünstlerInnen“ ist umfassend und kann vermutlich auch im Rahmen dieser Veranstaltung nicht ausreichend diskutiert werden. Von der Gesellschaft für Kulturpolitik wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema eingerichtet, mit dem zuständigen Ministerium besteht Kontakt, der Sekretär des Ministeriums nimmt auch an dieser Veranstaltung teil. Ende Mai bzw. Anfang Juni gibt es auf Initiative der SPÖ eine Konferenz zum Thema, d.h.: „Auch wenn die Schlagzeilen in den Medien anderes vermuten lassen, weil es immer um Banken und Wirtschafts- und Rettungspakete geht: Die KünstlerInnen werden nicht im Stich gelassen.“

Susanne Schelepa berichtet von ihrer Studie im Auftrag des bmukk, zur „Sozialen Lage von KünstlerInnen“, mit vielen Parametern, nicht nur Einkommen, sondern auch: Wie lange arbeiten KünstlerInnen pro Woche? Wie sieht es mit der Sozialversicherung aus? 1800 Fragebögen wurden von KünstlerInnen aus den Kunstsparten Bildende Kunst, Musik, Film und Literatur ausgefüllt und erfasst. Die KünstlerInnen arbeiten oft interdisziplinär, die Grenzen sind fließend. Kunstferne Tätigkeiten sind etwa Taxifahren u. Ä. Die Gliederung nach Sparten zeigt Unterschiede: Die Arbeit als LiteratIn ist anders als die Arbeit als Bildende KünstlerIn, vieles ist aber auch ähnlich. Die Studie steht auf der Webseite der Kunstsektion zum Download zur Verfügung.

Schelepa fokussiert auf Themen der Sozialversicherung und die Fragen: Was heißt künstlerische Arbeit? Was ist künstlerische Arbeit im engeren bzw. im weiteren Sinn, etwa Kunstvermittlung im Konnex zur Kunst?

Von der Kunst leben nur wenige (Film: rund 1/3), bei Literatur und Musik nur rund 17%.

„Bei Musik kommen oft kunstnahe Tätigkeiten dazu, bei Literatur sehr oft kunstferne Tätigkeiten.“

Das Tagewerk der Kunstschaffenden ist vielfach bunt, und das liegt an der Organisationsform: 80% der KünstlerInnen sind selbständig tätig. Im Filmbereich sind RegisseurInnen und SchauspielerInnen nach dem Gesetz eigentlich anzustellen, die Anstellung im Vergleich zu anderen Sparten ist in diesem Bereich höher. In der Praxis wird mit Werkverträgen gearbeitet.

Insgesamt ist rund die Hälfte der Kunstschaffenden ausschließlich selbständig, 52% sind angestellt und selbständig, dadurch kommt es zu Mehrfachversicherungen. Die Dauer der Aufträge ist eher gering, meist unter drei Monaten, auch bei Anstellungen.

„Im Filmbereich gibt es, z.B. für einen Werbespot, Ein-Tages-Anstellungen und man kommt damit in dieses ganze Radwerk der ASVG-Regelungen.“

Die durchschnittliche Arbeitszeit über alle Sparten gesehen beträgt 52 Wochenstunden: Der administrative Teil nimmt zu und die Bürokratie ist belastend, was viel mit dem Status der Selbständigkeit zu tun hat.

Daneben ist die Planbarkeit gering, denn nur die Hälfte arbeitet regelmäßig künstlerisch. Im Filmbereich ist dies meist so: Nach einem Film weiß man nicht, wann der nächste Film gedreht wird. Das alles ist verbunden mit einem geringen Einkommen: Die Hälfte der KünstlerInnen verdient pro Jahr 4500 Euro aus der künstlerischen Tätigkeit netto. Nimmt man alle Tätigkeiten, sowohl kunstnahe als auch kunstferne Tätigkeiten dazu, dann verdienen die KünstlerInnen im Schnitt 12.400 Euro pro Jahr. Auf Haushaltsebene: 37%, also gut 1/3 der Haushalte liegen unter der Armutsgrenze. Der österreichische Durchschnitt liegt

bei 12%, bei Erwerbstätigen in Österreich ist das 8%. Als extrem belastend werden - über alle Sparten hinweg - Lücken in der Sozial- bzw. Pensionsversicherung gesehen, 25% bis 50% der Kunstschaffenden haben solche Lücken in der Pensionsversicherung, 5% bis 12% haben keine Pensionsversicherung, 3 bis 4% wissen nicht darüber Bescheid. Die Komplexität der Versicherungssysteme ist verwirrend und es ist arbeitsaufwändig, sich damit zu beschäftigen. Eine Verbesserung wäre, keine mehrfachen Versicherungen haben zu müssen.

Bei den Angestellten ist es ein Problem, die Versicherungszeit für Arbeitslosengeld-Anspruch zu erlangen. Ein Schlagwort zur Problematik lautet: Beitragsgrenzen. Das lässt sich alles mit dem Flexicurity-Begriff zusammenfassen: Sehr flexible Arbeitsformen werden von den Sozialversicherungssystemen nicht mitgetragen. Das ist sehr belastend für die Kunstschaffenden. Die Kunstschaffenden werden also damit belastet und weiters mit der Frage nach einem die Existenz sichernden Einkommen, auch Versagensängste und Zukunftsängste spielen dabei hinein. Das subjektive Wohlbefinden ist bei Kunstschaffenden deutlich niedriger: „Während in der Gesamtbevölkerung nicht einmal ein Viertel sagt, sie hätten ein niedriges Wohlbefinden, ist es unter den Kunstschaffenden die Hälfte, die sagt, sie fühlt sich gar nicht wohl.“

Der Autor **Gerhard Ruiss** ist froh, dass es die Studie nun gibt, sie enthält aber nichts Neues. Die Umstände sind bekannt, nun gibt es das objektive Datenmaterial. Bei der Studie hat die Zuspitzung überrascht. Die dramatische Situation von Kunstschaffenden in Österreich bedeutet gesellschaftliche Benachteiligung. Überall, wo selbständig gearbeitet wird, verläuft alles um vieles komplizierter. Kunstschaffenden wurden in die neue Selbständigkeit transportiert. Literaten und Bildende KünstlerInnen konnten immer nur selbständig arbeiten, dort ist die Zuspitzung am stärksten, mit 3000 Euro Durchschnittsverdienst aus künstlerischen Einkommen. Diese Zahl ist insbesondere in Bezug auf den Künstlersozialversicherungsfonds (Grenze: 4500 Euro) interessant.

„Wir haben namhafte AutorInnen, die sich an uns wenden, weil sie wieder aus dem Künstlersozialversicherungsfonds hinauskomplimentiert wurden, weil sie eben nicht genügend künstlerisches Einkommen hatten.“

In Zukunft ändert sich das, weil Subventionen berücksichtigt werden. Sozialrechtlich sind die selbständigen Berufe auch am meisten betroffen, unter den AutorInnen sind 12% nicht pensionsversichert. Die Literaten sind mehr subventionsabhängig als andere Kunstschaffende.

Das ist in Bezug auf das Förderwesen positiv zu sehen, aber nicht in Bezug auf sozialrechtliche Änderungen.

Im Spartenvergleich ist die Literatur in den Fördertöpfen immer an letzter Stelle. Zwischen 2000 und 2006 wurde Geld aus der Struktur abgezogen, Ruiss sieht Änderungsbedarf in der Sozialrechtsgesetzgebung, es ist zu bedenken, dass jede Sparte ist ein wenig anders ist. Dringender Handlungsbedarf besteht bei Urheberrechten, bei Förderpolitik und Medienpolitik. Im letzten Jahrzehnt gab es nicht Aufbauleistungen, sondern Abbauleistungen. Vielleicht braucht es auch aktionistische Lobbyarbeit, um die prekäre Lage der Kunstschaffenden klar zu machen:

„Es ist schlicht nicht sozial sichtbar: a) Was die Kunst in

diesem Land leistet und b) von welchen Verhältnissen sie umgeben ist.“

Sabine Prokop: Die IG-Freie Theater ist gut informiert zu sozialrechtlichen Fragen, es gibt eine Broschüre. Es gab Verhandlungen mit dem AMS. Immer bei Verhandlungen heißt es, die KünstlerInnen wären privilegiert im Vergleich zur Billa-Verkäuferin. Das Bild der Theaterleute in der Öffentlichkeit muss geändert werden: Diese arbeiten für kein Geld, und das 52 Wochenstunden oder mehr. Sie sind per Schauspielergesetz verpflichtet, angestellt zu arbeiten. Trotzdem bekommen die KünstlerInnen im Theaterbereich meist nur Werkverträge. Diese Diskrepanz ist den SubventionsgeberInnen bekannt. Ein Problem in Bezug auf AMS und Team-4: Theaterleute sind per definitionem ihr Leben lang Arbeit suchend.

„Zu Beginn des Jahres kam die Arbeitslosenselbstversicherung für Selbständige, dort wurde Arbeitslosigkeit definiert, jetzt fällt ein Großteil der Theaterschaffenden aus der AMS-Sonderbetreuung heraus.“

Nach §12 gilt jemand als arbeitslos, wenn er nicht der SVA-Pflichtversicherung unterliegt. Man darf als Theaterschaffender dann keine neue oder weitere Erwerbstätigkeit ausführen.

„Was machen dann KünstlerInnen? Aufhören? Wie beenden KünstlerInnen ihre Erwerbstätigkeit? Das ist dann auch noch in geeigneter Form mitzuteilen: Man kann bei einer Kammer, die es nicht gibt, einen nicht existierenden Gewerbeschein zurücklegen. Das ist schwierig.“

Die AMS-Betreuung im Rahmen von Team-4 ist für Theaterleute oft überlebenswichtig. Sobald sie aber einen Vertrag haben, der länger als 4 Wochen läuft, sind sie aus der Betreuung draußen. Zur Causa Team-4 gibt eine Petition von Seiten der Theaterleute in Richtung Ministerium.

„Wir zahlen alle in Pflichtversicherungen ein und kriegen nichts heraus und sind noch daran gehindert, zu arbeiten.“ Im Theaterbereich ist das Wohlbefinden weg, glücklich ist hier - laut Prokop - niemand.

Peter Rantaša: Der Musikbereich ist auch nicht besser gestellt. Rantaša meint, man sollte für die Stellung von Kunstschaffenden in der Gesellschaft eintreten und diese unterstützen. Heute wird zuweilen nicht von Kunst, sondern von Kreativwirtschaft gesprochen. Die Stellung des Künstlers ist ein gesellschaftlich-brisantes Thema. Rantaša spricht von einer weiteren Studie (Juni 2008) zu Wertschöpfungen geförderter Kultureinrichtungen - wie Museen, Theater, Festspielen, mica -, die zeigt, dass 139 Millionen Euro Gesamtförderungen von Seiten der Einrichtungen 168 Millionen an Ausgaben gegenüberstehen. Die Wertschöpfung beträgt laut IHS-Studie 314 Millionen Euro. Die Wertschöpfung des Musiksektors beträgt 2,175 Milliarden Euro pro Jahr, mehr als 42.000 Beschäftigte sind im Musikbereich. In Diskrepanz dazu stehen die Lebens- und Einkommenssituationen der Musikschaffenden. Deren Einkommen besteht laut einer Studie aus dem Jahr 1993 zu 83% aus Tätigkeiten wie z.B. Musikunterricht. Die Lage hat sich in Bezug auf Sozialversicherung und Beschäftigungsverhältnisse zugespitzt und muss dringend politisch behandelt werden.

„Die Abgrenzung des Künstlers von anderen prekäreren Verhältnissen ist sehr schwierig. Ich wüsste nicht, wie das politisch, ohne irgendwie einen von oben herab gesetzten

Künstlerbegriff zu verordnen, überhaupt möglich sein soll. Das ist sicher eine spannende Thematik, die die Diskussion um die Sozialversicherungsthematik erhöht. Aber die Zeiten, in denen politisch verordnet wird, wer Künstler ist und wer nicht, sollten nicht wieder herauf beschworen werden.“ Das Urheberrecht und Urhebervertragsrecht ist für Musikschaffende wichtig: 1 CD kostet im Handel zwischen 17 und 20 Euro, davon bekommen die UrheberInnen ca. 1 Euro, das setzt sich zu 50% aus den Tantiemen und zu 50% aus der Ausschüttung, die mit den Plattenfirmen vereinbart ist, zusammen. Aus der Beratungstätigkeit des mica ist bekannt, dass viele Musikschaffende bei einer CD-Produktion überhaupt draufzahlen und kein Geld sehen. Zur Geldverteilung: Der Staat verdient bei 17 bis 20 Euro mehr als der Künstler, nämlich 3,4 Euro an Mehrwertsteuer. Insofern ist das auch ein politischer Punkt. Ein Urhebervertragsrecht mit Ausstiegsklauseln und seriösen Verträgen wäre ein rasch verwirklichte und gute Lösung für die KünstlerInnen.

„Wenn neue selbständige KünstlerInnen das Paradigma sind, die Selbständigkeit ein Thema, dann muss auch in der Kunst-, Kultur- aber auch Wirtschaftsförderung genau an diesem Punkt, nämlich der Selbständigkeit angesetzt werden.“

KünstlerInnen werden laut Rantaša in der Ausbildung überhaupt nicht auf die wirtschaftliche Seite ihres Berufes vorbereitet:

Durch das Internet können Musikschaffende nun direkt die MusikkonsumentInnen ansprechen, da gibt es gute und sehr spannende Möglichkeiten. Neue Fertigkeiten sind hier gefordert. Der Staat soll den neuen Selbständigen den Zugang zu den neuen Foren ermöglichen, ihnen Marktzugänge erleichtern und bei administrativen Hürden beraten. Das mica bietet dieses Service an. Mit relativ geringen Investitionen könnte Abhilfe geschaffen werden. Das Urhebervertragsrecht könnte innerhalb einer Legislaturperiode reformiert werden.

Christine Muttonen: Die Diskussion ist wichtig, sie komme auf die Studie zurück. Die Inhalte sind nicht ganz neu, doch die Ergebnisse sind dramatischer als erwartet.

„Man kann davon ausgehen: Wenn man solche Grundlagen hat, schlägt sich das in der politischen Arbeit nieder, denn dann habe ich eine bessere Möglichkeit, mit den Gegnern und den Koalitionspartnern zu diskutieren und anhand dieser Fakten auch weiter zu arbeiten.“

Die Studie ist wichtig und hilfreich und ist Ausgangspunkt für Verbesserungen. Die Studie zeigt die Vorreiterrolle der KünstlerInnen im Bereich Beschäftigungsverhältnisse und in Bezug auf sozialrechtliche Lösungen: „Die Studie zeigt also, dass hier ein großer gesellschaftspolitischer Handlungsbedarf ist. Das ist ein Dschungel.“

Das Künstlersozialversicherungsfondsgesetz wurde jüngst novelliert, noch vor der Studie. 2001 gab es einen Zuschuss von 872 Euro, der ist nun auf 1230 Euro angehoben worden. Muttonen ist für die Abschaffung der Untergrenze für Zuschüsse eingetreten.

„Um in diesem Dschungel auch wirklich agieren zu können, bedarf es einer interministeriellen Arbeitsgruppe.“

Diese soll sich mit Arbeits- und Sozialrecht beschäftigen. Die Studie wurde bereits im Kulturausschuss diskutiert, die Abgeordneten sind nun gut informiert.

Publikumsstimmen

Skrepek (Musiker): Ich bin froh, dass wir nun wissen, wie es uns geht. Als ob wir das nicht wüssten. In den letzten Jahren gab es nur Verschlechterungen, die Lösungen sind ausgearbeitet. Es braucht eine politische Entscheidung und nicht immer nur Diskussionen. Das Arbeitslosenversicherungssystem muss neu geregelt werden, es braucht ein neues Künstlersozialversicherungsgesetz.

Erwin Leder (Schauspieler): Man soll aufhören, zu meinen, die Künstler wären eine soziale Randgruppe. Künstler haben etwas an die Gesellschaft zu geben. „Sie sind eine Elite.“ „Wir sind die Qualität der Bevölkerung.“ „Bildungspolitik ohne Kunst kann nur oberflächlich bleiben.“ Wichtig ist die Anerkennung der Künstler in der Öffentlichkeit. „Wir kommen uns gemobbt vor.“

A: Das Schauspielgesetz besagt, dass SchauspielerInnen angestellt werden müssen.

Ruiss: Künstlerische Berufe sind schlecht ‚einpassbar‘ in die bestehenden Systeme, man müsste von den Eigenheiten der künstlerischen Berufe ausgehen. In Bezug auf die Künstler sagt Ruiss: „Die Sozialversicherungsgesellschaften haben vermutet: Da ist noch Geld zu holen.“ Er stimmt Skrepek zu, die Lösungen sind da, der politische Wille dazu fehlt. Der Gesetzgeber muss dabei helfen, Urheberrechte nicht zu verlieren. Damit nicht in zehn Jahren in einer weiteren Studie erklärt wird, dass sich die Lage weiter zugespitzt hat. Es braucht Entschlossenheit und Klarheit. „Wir brauchen eine akzentuierte Politik im Urhebervertragsrecht, im Urhebergemeinschaftsrecht, das neu anzudenken ist.“ Der ORF hat durch einen Rechtskniff die Hörspielhonorare halbiert. Man muss auch mit dem Finanzminister reden, wegen der Steuerpolitik. In Irland gibt es Steuerbefreiung für Dichter: „Die Iren lieben ihre Dichter.“

Muttonen: Sie setzt große Erwartungen in die Arbeitsgruppe. Zur Anerkennung: „Das ist ein sehr wichtiges Thema.“ Kulturelle Bildung ist wichtig, sie erarbeite gerade einen Bericht dazu für den Europarat.

Erwin Leder: Ist davon überzeugt, dass die Kunst eine Basis gibt für die Beziehungsfähigkeit in einer Gesellschaft. Ministerin a.D. Hilde Hawlicek: Das Thema „Soziale Lage von KünstlerInnen“ ist leider sehr kompliziert. Der erste Bericht dazu entstand in der Zeit von Sinowatz. Was für die Schauspieler gut ist, ist zum Teil schlecht für die Literaten. Nun gibt es die Interessenvertretungen der einzelnen Kunstsparten. In der Ära Kreisky/Sinowatz wurden KünstlerInnen nicht als Bittsteller behandelt, sondern respektiert. Sie spricht auch von der Zuspitzung.

C: ORF hat behauptet, es wäre von Vorteil für die AutorInnen, nur mehr die Hälfte für ein Hörspiel zu bekommen. „Das ist dem ORF wirklich ernst!“ „Erhöhte man den Anteil von Musik aus Österreich im ORF-Radio um 50%, dann würden wir eine Wertschöpfung von 1,1 Milliarden Euro als Resultat haben, die in Österreich bliebe. Das ist etwa, wenn man den Zeitungen glauben darf, das Defizit der Gebietskrankenkassen.“ „Ich will nicht nächstes Jahr wieder hier

sitzen müssen und hören: Wir machen eine Arbeitsgruppe, denn dann wird es wirklich kriminell.“

Gerhard Ertl (Film): Auch im Filmbereich spitzt sich die Lage zu, das Prekariat verdichtet sich. Filmbereich ist ein Bereich mit großem Wertschöpfungsfaktor. Die soziale Lage im Filmbereich spitzt sich zu, die Arbeitslosigkeit ist hoch, es gibt Mehrfachbelastungen im Sozialversicherungsbereich. Der Verteilungskampf ist extrem, Töpfe werden nicht wie versprochen erhöht. Die Studie ist schockierend: „Ich finde, dass es eine wirkliche Schande für eine Kunst- und Kulturnation, was da zutage tritt und welchen Platz die Gesellschaft Kunstschaffenden und auch Wertschaffenden zumisst.“

Silvia Konrad: Sie ist eine der rund 1800 Befragten der Studie, sie erinnert sich an ihre Erschütterung bei den Fragen nach ihrer Befindlichkeit. „Es geht ja um den Menschen.“ Sie meint, dass es viel Geld gibt und laut Recherche im Internet interessante Fördermöglichkeiten. Sie erzählt von einer Online-Zeitung, die mit 240.000 Euro gefördert wird, dies wird vom Seitenbetreiber als Low-Budget bezeichnet. Die Verteilung sollte anders vorgenommen werden. In Skandinavien gab es eine Grundsicherung für KünstlerInnen, sie ist sich sicher, dass genügend Geld zur Verfügung stehen könnte.

Studienautorin **Susanne Schelepa** sagt zur Frage, wie die rund 1800 Befragten für die Studie gefunden wurden: Pro-

fessionelle KünstlerInnen wurden via Interessenvertretungen angefragt.

Ruiss: Parlamentarisch ist lobbyistische Arbeit notwendig, damit für die KünstlerInnen einmal etwas weitergeht. Wir brauchen ein beschleunigtes Vorgehen. „Die Wirtschaftsentwicklungen warten nicht auf uns!“ Google oder die Plattenindustrie wartet nicht darauf, bis der österreichische Gesetzgeber einmal Zeit für sie hat. „Wir brauchen den Gesetzgeber, damit wir endlich die Gesetze für die Zukunft haben, die garantieren, dass es uns in fünf und zehn und zwanzig Jahren auch noch gibt: Als das, was wir tun - wir üben künstlerische Berufe aus.“ „Wir finanzieren uns unsere künstlerischen Tätigkeiten zum Teil selbst.“ „Ein Schritt könnte schon sein, dass die kunstnahen Tätigkeiten den künstlerischen Tätigkeiten gleichgestellt sind, dort wo das relevant ist, etwa bei der Sozialversicherung.“ Es gibt viele solcher Ansätze, die man mit entsprechendem politischen Willen sofort umsetzen könnte.

Zur Vorbereitung dieser öffentlichen Diskussion zur sozialen Lage der Künstler/innen fand am 16.3. ein Runder Tisch statt, an dem u.a. folgende Expertinnen und Experten die Thematik erörterten:

Josef Kirchberger, Christine Muttonen, Peter Rantaša, Hubert Eichmann, Daniela Koweindl, Petra Wetzel (L+R), Marion Knapp, Bernd Hartmann(bmukk), Frau Djalinos-Glatz/OEGB, Helge Hinteregger(Musiker), Vertreter der AK, des Sozialministeriums und AMS/Team 4.

Die Kultur einen sozial gerechten Europas

27.5.2009 • im Odeon, 1020 Wien, Taborstraße

mit: Erwin Piplits, Odeon / Serapions Ensemble; Rubina Möhring, 3Sat Kulturzeit; Christa Prets, Abg. z. EU-Parlament; Hannes Swoboda, Abg. z. EU-Parlament; Hilde Hawlicek, BM a. D.



Auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik wurde am 27. Mai 2009 in Wiener Odeon zu den EU-Wahlen diskutiert. Es war für die KandidatInnen **Hannes Swoboda** und **Christa Prets** der letzte Termin an einem langen Wahlkampftag, jedoch eine für alle Beteiligten sehr interessante Veranstaltung.

Die Moderation übernahm die ehemalige Unterrichtsministerin **Hilde Hawlicek**, die auch über fünf Jahre Erfahrung im EU-Parlament in der Zeit nach dem EU-Betritt 1995 verfügt. Neben den beiden KandidatInnen diskutierten **Rubina Möhring** (3Sat Kulturzeit) und **Erwin Piplits** (Odeon und Serapions Ensemble). „Ein sozial gerechtes Europa wird immer wichtiger“, gerade angesichts der Finanzkrise, gab Hawlicek den TeilnehmerInnen mit auf den Weg.

Erwin Piplits ist seit Jahren nicht nur in Österreich und in deutschsprachigen Raum aktiv, sondern auch international. Mit Tanz und anderen nonverbalen Ausdrucksformen ist dies natürlich einfacher, sodass sich viele Auftritte beispielsweise in den südlichen Ländern Europas ergaben. „Freie Gruppen“, die heute ein Begriff sind, gab es in früheren Jahren noch nicht so, als das Serapions Ensemble „sehr schöne Erfolge“ hatte.

Piplits erläutert kurz die Geschichte des Odeon, das einst die Börse für Landwirtschaftliche Produkte war. In der Nazizeit diente der vordere Bereich des Gebäudes als Büroräume der Gestapo-Zensur. 1945 wurde das Haus in Brand gesteckt, jedoch bei geschlossenen Fenstern, sodass die Bausubstanz erhalten blieb. Nach dem Krieg gab es wieder eine Börse für Landwirtschaftliche Produkte, jedoch fehlte ihr das Geld für die Renovierung, sodass das Gebäude 42

Jahre lang leerstand. Dann übernahm es das Serapions Ensemble und restaurierte es.

Heute sind hier 20 Menschen aus 13 Nationen in einer „tolen Atmosphäre“ tätig, in der auch Sprachbarrieren in der Zusammenarbeit aufgehoben sind. Dieses „Aufheben nationaler Grenzen“ sollte es auch anderswo geben, meint Piplits. Sein Kulturbegriff bedeutet, Kultur als Ergebnis von Arbeit zu sehen, denn ohne Arbeit kann es keine Kultur geben. Kultur ist „keine Parallelbeschäftigung“, denn es geht „sehr vielen verhältnismäßig gut“, was aber nicht selbstverständlich ist. Dieser Zustand wurde über die Jahrzehnte erwirtschaftet, und es erfordert auch weiterhin Arbeit, ihn aufrecht zu erhalten.

Leider wird aus seiner Sicht zu wenig darüber informiert, wie notwendig soziale Arbeit und das Anstreben sozialer Gerechtigkeit sind. Hier sieht Piplits eine Aufgabe Kunstschaffender und der Öffentlichkeit. Ein Symptom für das Vernachlässigen dieses Auftrags sind für ihn die Wochenendbeilagen der Tageszeitungen, in denen es vor 10 Jahren noch viel Kunst und Kultur gab. Heute findet man aber fast nur mehr Mode, Essen, Lifestyle, also mit anderen Worten Konsum.

In einer Gesellschaft, die sich so sehr an Konsum orientiert, wissen die Menschen dann nicht mehr, warum sie nicht rechts wählen sollen. Kulturschaffende, PolitikerInnen und Öffentlichkeit müssen dieses Wissen vermitteln. Symptomatisch sind für ihn Reaktionen auf die Diskussion über das Grundeinkommen: „Aber wer wird dann putzen?“ Dass man nicht jemanden brauchen sollte, der für einen „die Drecksarbeit“ macht, sondern sie selber tun sollte, wollen

viele nicht begreifen. Wir müssten von dieser Einstellung abkommen, wünscht sich Piplits, und fordert:

- Freiheit für die Kunst
- Gleichheit vor dem Gesetz
- Brüderlichkeit / Schwesterlichkeit in der Wirtschaft

Rubina Möhring verwendet diese Definition von Kultur: Sie ist „alles, was Menschen betrifft“, sie besteht aus Mosaiksteinchen, die sich aneinander reihen, die über Ausstellungen, Theater und andere Veranstaltungen hinausgehen. Kultur ist auch eine soziale Frage, es geht dabei ebenfalls um Sozialpolitik. Mit der Sendung „Kulturzeit“ auf 3Sat kann auf diese umfassende Weise über Kultur berichtet werden. „So ein Fernsehmagazin gibt es sonst nicht auf dem Markt“, meint sie.

Zum von Erwin Piplits angesprochenen „Hedonismus“ in Zeitungsbeilagen erklärt Möhring, dies habe auch etwas mit der Finanzkrise zu tun. „Lebensgefühl-Themen“ sind nämlich mit Werbung verbunden, daher ist es leichter, Magazine mit diesem Schwerpunkt zu machen. Kulturthemen, so interessant sie sein mögen, sind nun einmal mit weniger Anzeigen verbunden.

Für Möhring ist Kultur „auch die Sprache, in der wir uns begegnen“, über das Umfeld hinaus, in dem wir uns üblicherweise bewegen. Populismus betreibt Ausgrenzungen durch Sprache, die nicht wieder gutzumachen sind. „Abendland in Christenhand“, einer der FPÖ-Slogans im EU-Wahlkampf, ist ein Beispiel dafür, oder auch die Anwürfe der FPÖ gegen Ariel Muzicant („Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“, so der 3. Nationalratspräsident Graf in einer FPÖ-Parteizeitung). Derlei dürfe „in einem kultivierten Land, in einem Kulturland“ nicht passieren.

Möhring befürchtet allerdings, dass so etwas bei der Bevölkerung sehr wohl „zieht“, denn man hat zuvor auch zu wenig dagegen unternommen. Es braucht große Anstrengungen in Richtung der jungen Leute, die sich von der FPÖ angesprochen fühlen. Auch bei Schulfragen geht es nicht darum, ob Unterricht nun am Vormittag oder Nachmittag stattfindet, sondern um die vermittelten Inhalte. Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit dem Internet lernen, nicht unbedingt von LehrerInnen, sondern von MedienexpertInnen. Ein Land mit schwacher Kulturpolitik läuft Gefahr, immer stummer zu werden, auch weil die Lauten dann immer lauter werden.

SPÖ-EU-Spitzenkandidat **Hannes Swoboda** meint, die Situation mache „zutiefst betroffen“. Er erinnert daran, dass er gemeinsam mit KollegInnen besonders unter deutschen EU-MandatarInnen die Initiative „Europa eine Seele geben“ gestartet hat. Dabei stellt sich die Frage, ob man das überhaupt kann, wenn die EU so organisiert ist, dass die Marktentwicklung oberste Priorität hat, soziale Fragen aber nur als sekundär angesehen werden. Es ist „sehr schwierig, einer Marktgesellschaft eine Seele zu geben“.

Zu den „oft völlig belanglosen“ Zeitungsbeilagen meint er, diese tragen dazu bei, dass „gesellschaftspolitische Fragestellungen irrelevant werden“. Gerade sei er erstmals bei einer Wahlkampf-Diskussion auf den ÖVP-Spitzenkandida-

ten Ernst Strasser getroffen, erzählt Swoboda. Dieser hat, als es um Vermögensbesteuerung ging, einfach nur gesagt „eine Reichensteuer lehne ich ab“, ohne Debatte, als ob es ein Tabu wäre.

Swoboda räumt ein, dass auch die Sozialdemokratie daran mitgewirkt hat, Gerechtigkeit nicht mehr zu thematisieren. Dabei ist Gerechtigkeit nicht nur eine Frage des Einkommens, es geht auch um Bildungschancen. Kürzlich war er in einer Lehrwerkstätte der Wiener Linien und es ging dann auch um die Finanztransaktionssteuer. Da meinte einer der Arbeiter, diese sei aber ungerecht, denn er hat auch Aktien gekauft. Dass er, wenn er sie wieder verkauft, ein wenig Steuer bezahlen soll, wollte er nicht verstehen.

Offenbar, so Swoboda, spielt Gerechtigkeit keine strukturelle Rolle, es geht nur um einfache Sichtweisen wie „die Banken kriegen das Geld reingestopft“. Das ist natürlich populistisch, denn man gönnt es „den Reichen“ nicht, denkt aber nicht nach über Gerechtigkeit. Solche Haltungen in einer Gesellschaft stärken den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, wobei Swoboda FPÖ-Politiker wie Heinz Christian Strache, Andreas Mölzer oder Martin Graf eher dem Rechtsextremismus „mit Anteilen nationalsozialistischer Ideologien“ zuordnet. Je mehr eine Gesellschaft auf Gerechtigkeit verzichtet, desto mehr Chancen haben aber solche Politiker, denen es wirklich nur darum geht, Neid gegenüber einigen zu schüren und zu nutzen.

Die FPÖ agiert nach einem einfachen Schema: „Böse“ sind „Externe“, Juden, Islam, MigrantInnen, die „Guten“ sind die „eigentliche“ Gesellschaft, die „nicht vermischt“ werden darf. Die Rechtsextremen verwenden bei ihrer Mobilisierung Methoden, die Linke, Liberale, Kritische nicht mehr anwenden. Entsetzlich findet Swoboda einen Comic der FPÖ (er wurde an 500.000 JungwählerInnen verschickt, strotzt vor Stereotypen, zeigt auch SS-Runen und ist zum Download unter www.fpoe.at), in dem Menschen als „Drogendealer“, „Asylanten“, „Menschenhändler“ stigmatisiert werden. Die Aussage ist, dass ein „gesunder Gesellschaftskörper“ vom Ausland bedroht wird.

Hier geht es um „politische Unkultur“, der man „etwas Starkes, Kräftiges“ entgegensetzen müsse. Diese „Herren, meist sind es Herren“ befinden sich ja in der Gesellschaft von Le Pen oder der tschechischen Rechten, die für eine „Endlösung der Roma-Frage“ werben. Der Einsatz für eine soziale und gerechte Gesellschaft ist wichtig, um den Einfluss der Rechten zurückzudrängen – daher muss die Sozialdemokratie auch die Frage der Gerechtigkeit wieder stärker auf ihre Fahnen heften. Gerechtigkeit, Umverteilung und Kultur müssen als gesellschaftliche Aufgaben begriffen werden. Swoboda meint, er habe Angst vor dem Sieg der Unkultur der Rechtsextremen.

Christa Prets, die seit zwei Legislaturperioden SPÖ-EU-Mandatarin und Sprecherin des Ausschusses für Bildung und Kultur ist, sieht Arbeit als Kultur und Kultur als Arbeit. Denn es ist „zähe Arbeit, Visionen zu erreichen“. Uns werde nichts geschenkt, auch die EU nicht. Es ist „sehr hart, die Menschen zu motivieren und zu überzeugen“. Es gehe darum, gemeinsam in Frieden zu leben bei all den Schwie-

rigkeiten, die es gibt. Populismus will den Menschen aber Angst einjagen, Neid schüren, sie dadurch manipulieren.

Beim sprachlichen Umgang muss man sich fragen, wie man Respekt vor anderen zeigt, denn dieser geht immer stärker verloren. „Wir akzeptieren es tagtäglich, dass die Kronen Zeitung schreiben kann, wir seien ‚korrupt‘ oder ‚Verräter‘, es gibt keinen Widerstand, keinen Widerspruch“, meint Prets. Das sei der Nährboden für vieles, denn „mit den sogenannten AusländerInnen geht man dann noch viel schärfer um“. Wer Medienkompetenz erwähnt, spricht ihr „aus dem Herzen“, denn selbst kleine Kinder verbringen schon Stunden vor dem Fernseher oder dem Computer. Dabei fragt sich, was hängen bleibt, wie sich die Kinder in dem „Riesenangebot“ an Informationen selbst behaupten können. Hier besteht auch Nachholbedarf in der Bildungspolitik, denn die Lehrpersonen müssen es lernen, um lehren zu können, wie man Medien nutzt, aber nicht von ihnen benutzt wird. Junge Menschen sind sich der Gefahren nicht bewusst, die im Internet auf sie lauern, warnt Prets. Denn wenn sie sich beispielsweise um eine Lehrstelle oder einen Job bewerben, gibt es bereits einen zweiten Lebenslauf, bestehend aus den Spuren, die sie im Internet hinterlassen haben. „Wir sind gläserne Menschen geworden“, stellt Prets fest.

Bei Informationen geht es um das Wann, Wie und Was, und da wir heute immer Zugriff haben, fragt sich, wie wir dies und das Überangebot verarbeiten. Prets hat auch Vorschläge, wie bei Schulkindern für mehr Verständnis und Toleranz geworben werden kann; etwa, in dem der Schulalltag in anderen Ländern im Unterricht thematisiert wird. Man müsse den Kindern und Jugendlichen Inhalte geben, denn während die Jugend früher beispielsweise dadurch rebellierte, dass sie zu Hippies wurde, bilden heute viele den Rechten einen guten Nährboden für Stimmenfang.

Hilde Hawlicek erinnert daran, dass die EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen ein Werk von Wolfgang Schüssel ist, als er mit der Hereinnahme der FPÖ in die Regierung im Jahr 2000 Sanktionen auslöste. Natürlich schüren rechtsextreme Parteien und die Kronen Zeitung eine ablehnende Haltung zur EU. Man darf auch nicht vergessen, dass Andreas Mölzer, heute EU-Abgeordneter der FPÖ, einmal „Kulturbeauftragter“ Jörg Haiders war, was für die Kulturschaffenden in Kärnten einfach „fürchterlich“ gewesen ist.

Für die Menschen sind der persönliche Kontakt und das persönliche Erleben wichtig, nicht nur im Bereich Kultur. Als Hawlicek ins EU-Parlament kam, hielt Präsident Mitterrand eine Rede, die zu 75% von Kultur handelte, die für ihn „die Seele Europas“ ausmacht. Man müsse auch bedenken, dass es keine rechten KünstlerInnen gibt, denn Kulturschaffende sind „immer links und kritisch“.

Auf EU-Ebene sind dank dem Einsatz der EU-Abgeordneten die Mittel für Kulturprogramme gestiegen, was unter anderem den Kulturaustausch-Programmen hilft, die „sehr gut ankommen“ und „die EU-Stimmung heben“. Hawlicek findet eine aktuelle Umfrage etwas fragwürdig hinsichtlich der Formulierungen, denn neben einer Zustimmung beispielsweise zu Frieden und Sicherheit findet sich auch mit

62% der „Schutz unserer Kultur für fremden Einflüssen“. Was aber ist Kultur, will Hawlicek von den TeilnehmerInnen wissen.

Rubina Möhring sieht die Unabhängigkeit des Öffentlich-Rechtlichen Fernsehens als sehr wichtigen Faktor an und fordert eine vollständige zur Verfügung Stellen der ORF-Gebühren, von denen derzeit 40% unter anderem an die Bundesländer gehen. Das Fernsehen ist ein gutes Massenmedium für jene Menschen, die nur die Kronen Zeitung oder Österreich lesen („auch der Kurier ist manchmal schon zu anstrengend“). Problematisch ist die Platzierung von Kultur im Fernsehprogramm, denn spät nachts können jene Menschen die Sendungen nicht sehen, die früh aufstehen müssen. Kultur ist für Möhring auch, „kultiviert über politische Ereignisse zu berichten“.

Erwin Piplits betont, dass man Kultur weder konsumieren kann noch vermittelt bekommt, denn man muss Kultur pflegen und an ihr arbeiten. Es geht um die Pflege des Umgangs, der eigenen Bildung, der Wertigkeit der Tätigkeit, der man nachgeht. Kultur ist ein „schöpferischer Akt“, der sich auf andere überträgt, aber keine passive Konsumhaltung.

In einer ersten Publikumsrunde werden einige Themen angesprochen, etwa dass man Strache etwas entgegenzusetzen müsse, ihn nicht ignorieren dürfe. Ein Besucher beklagt, dass „Alternativkultur“ zu wenig gefördert wird und möchte auch mehr Qualität im ORF sehen.

Rubina Möhring meint dann, dass Europa vielleicht auch falsch vermarktet und in Folge unbeliebt wurde. Denn nationale PolitikerInnen haben so manches gerne auf Europa geschoben.

Hannes Swoboda sieht im Öffentlich-Rechtlichen Fernsehen ein „Identitätsmerkmal der europäischen Gesellschaft“, was auch für andere Dienste im öffentlichen Interesse gilt. In den vergangenen Jahren wollten viele mehr Liberalisierung und meinten, Privatisierung gehöre zur Identität der EU. Dass die Öffentlichkeit bestimmte Leistungen selbst erbringt, ist aber ein Bestandteil der Identität Europas, „den wir bewahren wollen“.

Die Sozialdemokratie müsse „populär sein, ohne populistisch zu sein“, und je klarer da die Grenze gezogen wird, desto weiter liegt sie in der Mitte des politischen Spektrums, und umso mehr politische AkteurInnen werden rechts davon stehen, sodass man sich mit ihnen kritisch auseinandersetzen muss. Ein Faktor der Grenzziehung ist die von den SozialdemokratInnen abgelehnte Herabsetzung von Bevölkerungsgruppen durch Populisten.

Christa Prets meint zum Öffentlich-Rechtlichen Fernsehen, dass dieses auch einen Kultur- und Bildungsauftrag zu erfüllen hat und Dinge schützen und fördern kann. Ein Bereich, der Öffentlich-Rechtliche Berichterstattung braucht, ist zeitgenössische Musik, da sie sonst kaum vorkommt. Bei der Europa-Information sieht Prets aber ein großes Defizit des Fernsehens in Österreich, denn in Deutschland laufen seit Wochen Hintergrundinformationen zur EU im Öffentlich-Rechtlichen Bereich. Dabei handelt es sich nicht

um Diskussionen der KandidatInnen, sondern beispielsweise um Informationen über die Rolle der EU beim Konsumentenschutz. „Vieles wäre einfacher zu erklären, wenn die Menschen die institutionellen Funktionen kennt“, stellt Prets fest.

In einer zweiten Publikumsrunde wird vorgeschlagen, nicht nur Europa, sondern auch der Kultur eine Seele zu geben, was eine Frage der Kommunikation miteinander ist. Der Rechtspopulismus vermittelt negative Werte, so eine andere Wortmeldung, und trifft die „Volksseele“ auf niedrigem Niveau. Dem müsse man etwas entgegensetzen, „auf verständlichem Niveau“. Zur Frage der öffentlichen Dienstleistungen kommt die Ansicht, es werde zu wenig vermittelt, dass wir alle der Staat sind. So wird Verstaatlichung als etwas Schlechtes wahrgenommen. Man müsse darüber aber so diskutieren, „dass auch die Krone-LeserInnen es verstehen“.

Ein weiteres Statement verweist auf die „Unzahl an Kulturprojekten“, die von der EU gefördert werden, was auch zu wenig kommuniziert wird. Ein Vorschlag zur viel zitierten „Sprache“ ist, anfangs nicht zu sagen, dass man SozialdemokratIn ist – man müsse sich ja „nicht verstellen“, aber man soll versuchen, Rechte zu überzeugen. Junge Menschen sollte man auch über Chatrooms und nicht nur auf der Straße erreichen. Eine Besucherin rät, sich an der Zukunft zu orientieren, und junge Leute nach dem Vorbild Barack Obamas über das Internet zu erreichen. Sie hat beobachtet, dass viele Junge, wenn sie erstmals wählen dürfen, für Strache stimmen, auch wenn die Eltern SPÖ oder Grün wählen.

Rubina Möhring meint in der Schlussrunde, man solle Kindern nicht nur vortanzen, man müsse sie auch selber tanzen lassen. Als Beispiel nennt sie das „Rimini Protokoll“, eine Theateraufführung, bei der sich ganz normale Menschen mit dem Kapital von Karl Marx befassen und dabei ihr Leben spielen.

Christa Prets rät, einfache Sprache zu benutzen, verstärkt den Dialog mit den Menschen zu suchen. „Wir überfordern Betroffene“, meint sie in Bezug auf Integration. Die Leute trauen sich nicht, das einzugestehen, um nicht als „Kinderfeindlichkeit“ zu gelten, etwa wenn ihre Kinder mit 70 – 80% Kindern von Zuwanderern im Kindergarten oder in der Schule sind. Man müsse diesen Eltern Hilfe anbieten und nicht nur betonen, dass es sich hier eben um kulturelle Vielfalt handelt.

Hannes Swoboda meint, es sei oft Überzeugungsarbeit, über EU-Fragen zu reden. Dann müsse man noch einen Schritt weitergehen und auch junge Menschen ansprechen. „Wir benutzen neue Medien“, erwidert er auf die mehrfache Kritik, dass zu wenig im Bereich Internet getan wird. „Aber die Mobilisierung, die Obama geschafft hat, gelingt fast nicht.“ Konsumorientierung und Entpolitisierung haben aus seiner Sicht dazu geführt, dass die Menschen nicht mehr bereit sind, sich für etwas einzusetzen.

„Nur mehr die Rechten bringen Hunderte auf die Strasse“, wenn sie Kundgebungen abhalten, bedauert er. Es ist seiner Erfahrung nach schwierig, über neue Medien zu mobilisieren, und auch, in Schulen zu diskutieren. Allerdings ist es dann sehr interessant, wenn SchülerInnen und Lehrlinge von LehrerInnen dazu angeregt werden, sich mit etwas zu beschäftigen, sich Fragen an die KandidatInnen zu überlegen.

Zur Abgrenzung nach Rechts meint Swoboda „wer ein Nazi ist, ist ein Nazi“, doch wir müssen uns auch eingestehen, dass wir „viele Parallelgesellschaften“ haben, die sehr wenig miteinander kommunizieren. Swoboda kennt ebenfalls Beispiele, wo ganz und gar nicht „ausländerfeindliche“ Menschen ihr Kind aus der Schule nehmen, weil es sich isoliert fühlt, wenn viele andere Kinder untereinander nur in einer Sprache reden, die sie nicht verstehen.

Im Wahlkampf hatte Swoboda auch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden eines Vereins türkischstämmiger ÖsterreicherInnen, bei dem andere übersetzen mussten, weil dieser Mann nicht Deutsch kann. „Die Leute verbinden damit alle möglichen Fantasien“, meint Swoboda, auch wenn niemand dadurch absichtlich ausgegrenzt wird. Er hat sich jedoch ebenfalls isoliert gefühlt, als die anderen bei diesem Besuch untereinander türkisch sprachen.

Selbst dort, wo man gerne von gelungener Integration spricht, wie in Ottakring, gehen die Leute dann ja doch in „ihre“ ethnisch zugeordneten Lokale. Dies stellt einen „großen Mangel in unserer Gesellschaft dar“, meint Swoboda, der sich „mehr Gemeinsamkeit und Austausch“ wünscht. An den Zuwanderern liegt es oft nicht, denn es gab eben ein Straßenfest von Muslimen in seinem Heimatbezirk Meidling, bei dem „kein Österreicher“ auftauchte....

28.5.2009
Alexandra Bader

Was erwarten wir vom öffentlich-rechtlichen Bildschirm?

Eine Diskussion über gewünschte Programminhalte jenseits von Strukturdebatte und Finanzierungsmöglichkeiten

3.11. 2009 • Dachsaal Volksbildungshaus Wiener Urania • Uraniastraße 1, 1010 Wien

mit: Michael Köhlmeier (Schriftsteller); Dany Krausz (Filmproduzent); Ona B. (Bildende Künstlerin); Peter Patzak (Regisseur); Peter Paul Skrepek (Musiker); Wolfgang Reiter (Kulturmanager); Moderation: Trautl Brandstaller (langjährige ORF-Journalistin, derzeit freie Publizistin)



Bereits vor der Veranstaltung am 3. November 2009 in der Wiener Urania hat die Gesellschaft für Kulturpolitik über den ORF diskutiert. Doch dabei ging es um strukturelle Fragen, so Präsident **Josef Kirchberger** bei seinen einleitenden Worten. „Jetzt soll aber diskutiert werden, was der ORF sendet, welche Informationen wie gebracht werden.“ Das wären in Wahrheit mehrere Diskussionen, meint Kirchberger.

Moderatorin **Trautl Brandstaller** hat selbst lange Jahre für den ORF gearbeitet und ist nun freie Publizistin. Sie merkt an, dass der ORF „wahrscheinlich noch nie so oft in den Schlagzeilen“ war wie in letzter Zeit. Meist handelte es sich um negative Berichterstattung, da es um Bürokratie, Personal und ein möglicherweise drohendes AUA-Schicksal des Senders ging. Was das Programm betrifft, „hat man sich schon damit abgefunden, dass nichts zu ändern ist“.

Brandstaller stellt die TeilnehmerInnen kurz vor, die Künstlerin Ona B., bekannt durch Foto, Video und Malerei, den Schriftsteller Michael Köhlmeier, „dem wir das Wissen verdanken, welchen Einfluss die griechische Sagenwelt hat“, Wolfgang Reiter, früher ORF-Mitarbeiter und Leiter des Steirischen Herbstes und Theaterleiter in Zürich, jetzt Kulturmanager und Organisator der Plattform Film-mit-ORF,

Regisseur Peter Patzak, „bereits ein Mythos durch Kottan, er hat aber auch Walser-Romane verfilmt“, und den Musiker und Gewerkschafter Peter Paul Skrepek.

Peter Patzak meint nüchtern, man kann den ORF der 70er, 80er und 90er Jahre unterscheiden. Er findet den momentanen Zustand „deprimierend“ und erwartet sich „wissenschaftlich auf den Punkt gebracht: nichts“. Seine letzte Begegnung mit dem ORF fand 2002 statt, als er Preise für die moderne Art historischer Darstellung bekam und sich die „sehr gerne anreisenden Beamten des ORF“ bei den Filmfestspielen von Venedig mit ihm fotografieren ließen. So komme er aber mehr dazu, „Worte und Farben aneinanderzufügen“, also ebenfalls künstlerisch zu schaffen.

Michael Köhlmeier hat „sporadisch“ moderiert, ansonsten aber „sehr, sehr wenig Erfahrung mit Fernsehen“. Er kennt es eher „passiv von der anderen Seite“, während er „sehr, sehr viel Erfahrung“ mit Ö1 hat und diese auch als „denkbar optimal“ bezeichnet. Dabei denkt er nicht nur an mythologische Erzählungen, sondern auch daran, dass der Hörfunk einst „der erste Mäzen für Schriftsteller“ war, etwa in den 70er Jahren. „Kaum ein Autor meiner Generation hat nicht sein erstes Geld mit Hörspielen verdient.“ Diese gibt es zwar auch heute noch, jedoch „sehr abgespeckt“.

Peter Paul Skrepek kann Köhlmeiers positive Erfahrungen nicht teilen, denn Hörspiele werden nicht nur viel seltener produziert, der ORF erwirbt auch nicht mehr die Rechte daran. Heute erhalten AutorInnen nur eine Gage für die Aufführung, was sie „um die Hälfte ihrer Einnahmen“ bringt. Musik, die in Österreich hergestellt, komponiert und produziert wird, hat keine Plattform im ORF, sagt er. Es habe sich „nahezu aufgehört“, dass sie im Radio gespielt wird. Diese Situation ist unvernünftig, sie entspricht nicht dem Kulturauftrag des ORF, der beinhaltet, bei Film, Tanz, Musik, Literatur Österreichisches zu zeigen.

Seitens der EU könnte der ORF so das Recht verlieren, Gebühren einzuheben. Ein Radiosender spielt etwa 500.000 Minuten pro Jahr, was 1400 Minuten pro Tag entspricht. Österreichische Musik (kein Schlager, keine Populärmusik), Weltmusik, Jazz werden selbst in Ö1 nur an 5500 Minuten im Jahr gespielt. Ernste zeitgenössische Musik wird zwar „immer hoch gelobt“, kommt aber auch nicht vor. Man spielt lieber „Komponisten, die vor 70 Jahren gestorben sind“. „Ich weiß nicht, warum ich auf Ö1 stolz sein soll“, sagt Skrepek. Man dürfe den ORF nicht auf das Fernsehen reduzieren, „das sehe ich schon lange nicht mehr, das bin ich mir schuldig“.

Ona B. meint, sie habe als Künstlerin, über die berichtet wird, ein paar Mal Glück gehabt. Es gab gute Dokus über sie, was aber immer abhängig ist von den Leuten, die sie machen. Man soll zeitgenössische Kunst „vom Schöpfer her fördern“, den Produzenten, nicht den Interpreten zeigen. Vor dieser Diskussion hat sie „gezwungenermaßen die letzten Tage fern gesehen“, um zu wissen, wovon sie redet. Der Kulturauftrag des ORF wird ja explizit postuliert, es geht nicht nur um einen Bildungsauftrag. Es muss schon klar sein, dass auch die Breite gefördert wird und nicht nur der Eventcharakter. „Der Dominic Heinzl rettet den ORF“ ist sicher der falsche Weg.

Trautl Brandstaller spricht von der Halbierung der Filmförderung des ORF von 2000 auf 2009 – sie entspricht den Budgets der beiden Society-Sendungen von 6 bis 7 Millionen. Filmproduzent **Dany Krausz**, der über den verschneiten Wechsel zur Diskussion kommt und daher etwas verspätet eintrifft, meint, es gehe „noch“. Er ist ja gerade von einem Dreh aus Graz angereist, was ein sichtbares Zeichen dafür ist. Die Situation ist aber „keine Überraschung für die Filmbranche und die assoziierten Branchen, wir sind hier schlichtweg ausgeliefert“.

Seiner Erfahrung nach suchen die Leute aber nach regionalen Inhalten, „das Publikum will Anbindung erfahren“. Daher ist „Sendungsbewusstsein ausstrahlen“ auch „ureigenster Auftrag“ des ORF. Doch er wird aufgegeben unter dem Motto „Ich muss privater als die Privaten sein“. So werden vier Hauptabende „mit Serien gefüllt, die es überall anderswo gibt“. Die dafür erforderlichen Lizenzierungen stehen aber nicht in Diskussion, während man österreichische Produktionen in Frage stellt. Für ausländische Produktionen wird dann eher noch mehr Geld als bisher ausgegeben. Dabei geht es bei österreichischen Produktionen auch um eine Wertschöpfungskette, derer man sich beim Kultur- und Bil-

dungsauftrag bewusst sein soll, denn „dann geht es sich wunderbar aus“.

Ohne österreichische Wertschöpfung gehen nämlich 200 Millionen Euro an deutsche Werbefenster verloren, was für den ORF und sein Management eine „sehr ungute Situation“ darstellt. Würde man die Gebühren um die Steuern entlasten, die an Bund und Länder fließen, dann könnte der ORF wie etwa die deutsche ARD auch fast ohne Werbung arbeiten. Derzeit verteilen sich die Werbeeinnahmen auf 10% ORF und 25% Private. Der ORF hat in den letzten Jahren, „um die Posten zweier Generalintendanten zu erhalten“, 1300 bis 1500 MitarbeiterInnen angestellt. Nun werden aber „undifferenziert die besten Leute gekündigt“, es geht um das Streichen von 440 Arbeitsplätzen.

Wolfgang Reiter stellt klar, dass jeder sich ein bisschen etwas anderes vom ORF erwartet, auch die Interessensvertreter. Und es ist kein Journalist außer der Moderatorin auf dem Podium, was auch einen Einfluss auf die Sichtweise hat. Er fragt, ob der ORF „Konsumentenbedürfnissen entsprechen oder Bedürfnisse der Staatsbürger erfüllen“ soll. Konsumentenbedürfnisse sind an der eigenen, individuellen Bedürfnisbefriedigung orientiert, die staatsbürgerlichen nehmen uns als politisches und gesellschaftliches Subjekt wahr. Kulturelle Programme sind aber, das muss uns bewusst sein, keine Kunstprogramme. Es kann aber auch nicht sein, dass man sich „den Hörer oder Seher als Konsumenten vorstellt“, denn es müssen andere Programangebote gemacht werden.

Peter Paul Skrepek meint „Kultur ist das Ganze“, er ist lange schon Vertreter aller Kulturschaffenden in der Gewerkschaft („dazu gehören auch Sportler“). Er sieht sich als Vertreter von Interessen, aber auch als Schaffender und als Journalist. „Alles, was mich als Person ausmacht, kommt nicht vor.“ Sein Fernseher ist noch analog, er sieht daher DVDs und Videos und hört Radio. Laut einer repräsentativen GALLUP-Umfrage sagen 57% der Menschen, dass sie im Radio sowohl inländisches als auch internationales Repertoire hören wollen. Was Filme betrifft, so werden österreichische „immer erst um Mitternacht ausgestrahlt“. Skrepek sagt „Kunst ist ein Lebensmittel für mich, und das finde ich im ORF nicht“.

Peter Patzak zitiert die FAZ, wonach Fernsehen „Verblödung mit System“ ist. In den Redaktionen ist „Anbiedern nach unten“ angesagt, wie es Herr Thoma (RTL) nennt. Das bringt aber nichts, denn die Quoten werden so noch niedriger. Patzak zitiert die Regeln von Chris Albrecht, dem Chairman des Senders HBO, denn diese stehen im Widerspruch zu dem, was sonst so gedacht wird. Sein Prinzip ist es beispielsweise, mutig zu sein und kein Programm zu machen, dass nebenbei beim Staub saugen gesehen werden kann.

Außerdem: „Der Zuschauer ist kein Idiot, vertraue ihm.“ Anspruchsvolle Unterhaltung soll zum Mitdenken und zum Füllen von Lücken auffordern (wie bei guten Krimis). Und: „Bleib unabhängig.“ Serien von HBO wie Six Feet Under verkaufen sich denn auch hervorragend auf DVD. „Lass die Künstler machen“ ist ein weiterer Grundsatz, Regisseure

sollen mehr Einfluss auf ihr Werk haben als sonst üblich.

Für Michael Köhlmeier ist der Abgesang auf den ORF schlicht „großes kulturpessimistisches Gejammer“. Aus seiner Beschäftigung mit der Antike weiß er, dass zwei einander bekriegende (auf heute übertragen: konkurrierende) Parteien einander immer ähnlicher werden. Für den ORF zieht er daraus den Schluss, dass es nicht um „Dominic Heinzl versus ZIB“ gehen kann. Ö3 war früher auch ein kultureller Sender, ist heute ein rein kommerzieller, sodass man bei Ö1 landet. Zum Beispiel von HBO meint er, dass er 140 Sendungen mit BR Alpha gemacht hat und mit der Erwartung zum Redakteur kam, dass er genaue Vorgaben erhalten wird.

Er fragte also, was er machen soll und wie er es machen soll, und erhielt zur Antwort „Machen Sie es, wie Sie es für richtig halten, ich habe Sie als Künstler eingeladen. Es gibt einen Sendeplatz und die Vorgabe von 15 Minuten, die wir aber auch ein wenig überziehen können.“ Köhlmeier mag Arte und BR Alpha, denn da sind auch Sendungen über Versicherungsmathematik sehr interessant gestaltet. „Das Wort Quote habe ich bei BR Alpha niemals gehört.“ Seiner Ansicht nach wissen die Menschen, was sie sehen wollen: „Man kann sie nicht mit ein bisschen Dominic Heinzl vorher oder nachher anlocken, sondern eher vertreiben.“ Er wünscht sich beim ORF „Freiheiten wie bei BR Alpha“.

Im Publikum sitzt auch Klaus Unterberger, der im ORF für die Definition des Public Value zuständig ist. Er meint, der Sender versuche „so viel wie möglich an Bord zu halten“. Der Kulturauftrag wird sehr wohl gezielt wahrgenommen, es gibt „viele hochwertige Sendungen“. Trautl Brandstaller stellt klar, dass es sich um eine „groteske Unterstellung“ handelt beim Versuch, Kultur mit Opernübertragungen gleichzusetzen. Kottan war beispielsweise Unterhaltung und Kultur. Seitens der BesucherInnen der Diskussion wird unter anderem kritisiert, dass der ORF bei Filmen nie den doch auch interessanten Abspann zeigt. Andere bekennen, nur mehr Arte und 3sat zu sehen. Außerdem wird daran appelliert, beim Programm doch auf Nachhaltigkeit zu achten, beispielsweise den Klimawandel zum Inhalt von Serien zu machen. Dass freie MitarbeiterInnen des Hörfunks komplette Sendungen produzieren sollen, aber nur dann Bezahlung erhalten, wenn sie auch abgenommen werden, ist für Michael Köhlmeier in Ordnung, Beschwerden sind „kindisch“. Für ihn ist es sehr gut, wenn junge Leute etwas selbst machen, ohne dass es gleich um Bezahlung geht.

Das Publikum möchte unter anderem „fundierte politische Diskussionen“, bei denen „nicht nur Minister“ mitreden, und überhaupt die Aufarbeitung von Themen wie bei University meets Public. Am ORF wird auch kritisiert, dass sehr hohe Gehälter in die alte Struktur fließen, und für die eigentliche und neue Arbeit dann nur mehr wenig Geld verfügbar ist. Was die einen bekommen, liegt „an der Grenze zur Aufwandsentschädigung“, es sind aber sie, die das Moderne besteuern. Jedes Mal, wenn Direktionen umgefärbt werden, ist das mit „Gehalt bis zum Sankt Nimmerleinstag“ verbunden, mit dem man sehr viel Content produzieren könnte.

Peter Paul Skrepek meint, Musik müsste man nur spielen, das kostet nicht einmal etwas. Er hat für die Vereinbarung gekämpft, dass sich der ORF freiwillig dazu verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz an österreichischer Musik zu spielen. Dazu gab es auch eine Enquete, doch nach einem Jahr war gerade ausgehandelt, dass angeboten wurde, um ein Prozent mehr zu bringen. Im ORF selbst wurde dann gar nicht darüber berichtet. Das Publikum verweist darauf, dass der Wiener Community Sender Okto auch eine wunderbare Plattform für Kreativkünstler ist (über Kabel zum Teil auch in den Bundesländern und über AON TV bundesweit zu empfangen).

Eine Pensionistin beschwert sich, dass für alte Menschen immer wieder die gleichen Wiederholungen von Filmen gezeigt werden, bei denen das Zielpublikum die Dialoge längst auswendig kann. Außerdem heißt es, der ORF bringe zu viel religiöse Sendungen. Da wird er aber von Trautl Brandstaller in Schutz genommen, denn „das ist eine der offensten und liberalsten Abteilungen im ORF“. Michael Köhlmeier meint, man sollte doch einen eigenen Kanal für Kultur und Bildung fordern. Und anderswo soll es „ganz viel Dominic Heinzl“ geben, der ganz viel an Werbung hereinbringt. Dieser Name ist für das Publikum aber ein Reizwort, da ihm extra ein teures Studio gebaut wird. Österreichisches Fernsehen im österreichischen Fernsehen besteht fast nur mehr aus Kabarett, wird kritisiert.

Es gebe „keine Identifikationsfiguren“ mehr, man müsse dazu übergehen, Geschichten anders zu erzählen. Der Kulturauftrag des ORF besteht doch darin, das Niveau zu heben. Politische Bildung, wird bemängelt, reduziert sich vielfach darauf, zwei konkurrierende gratis aufliegende Zeitungen zu lesen. Ein Vorschlag ist, doch verpflichtend zu 50% österreichische Musik zu spielen. Offenbar aus Erfahrung meint einer, es sei sehr kompliziert, österreichische Filme zu machen, denn beim ORF stapeln sich die Drehbücher, und da gehen dann Redakteure mit dem Rotstift über das Konzept des Künstlers hinweg, dabei hat man doch einen Kreativberuf, weil man was kann.

Brandstaller verteidigt da die Redaktion, denn es ist schon notwendig, Drehbücher zu überarbeiten. Bis 1994 gab es ein Abkommen über Koproduktionen mit den öffentlich-rechtlichen Sendern von Deutschland und der Schweiz, doch seit damals arbeitet man mit RTL zusammen. Koproduktionen sind aber ganz wichtig als Finanzierungsmechanismus, ohne den vieles nicht zu realisieren wäre. Klaus Unterberger meldet sich nochmals und meint, die Vorstellung sei doch absurd, dass der ORF gegen die eigene Kultur arbeitet. Vielmehr wird „weltweit Krieg gegen die Qualität“ geführt.

Murdoch, Berlusconi, große Privatfirmen, Hedgefonds wollen mit Fernsehen nur mehr Geld machen. Der ORF muss in 4 Jahren 200 Millionen Euro einsparen. Brandstaller wirft ein, dass sich aber schon fragt, ob am richtigen Ort gespart wird. Denn es gibt immer noch rote und schwarze Hochburgen innerhalb des Senders, was mit entsprechender Personalpolitik verbunden ist, etwa in den Bereichen Technik und Kaufmännische Produktion. „Das journalistische und gestalterische Personal war nie aufgebauscht.“ Da die frei-

en MitarbeiterInnen auch Leistungsträger waren, wurden sie angestellt.

Das Publikum kritisiert auch, dass „Heimat, fremde Heimat“ eingestellt werden sollte, als einzige Sendung, die sich mit Integration befasst. Brandstaller meint, man müsse auch die Frage nach der Funktion des ORF für die Demokratie fragen. Und da muss beachtet werden, dass sich wir uns mit unseren Realitäten nicht wieder finden, mit dem, was uns beschäftigt, auch mit dem Thema Integration. Dany Krausz ist dagegen, einen Spartenkanal für Kultur zu schaffen, denn dies wäre ein Ghetto. Es gäbe dann keine Wechselwirkung, keinen Austausch. Und natürlich dafür auch kein Geld, da dort keine Werbung zu verkaufen ist. Wir waren immer schon in Konkurrenz zu Deutschland, dennoch konnte der ORF ziemlich frei agieren, während er heute in einem radikalen Wettbewerb steht. Wenn man sagt, dass man Gebühren braucht, wird auch steigende Programmqualität verlangt.

Es meint auch, es gäbe kein Bewusstsein dafür, was der ORF sein soll. Allerdings hat die Politik dazu beigetragen, dass der Sender so aussieht, wie er aussieht. Personal zu binden ist jedoch nicht die Aufgabe einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Kämpferisch gibt sich Peter Paul Skrepek, denn „die erste Säule der Demokratie ist die Bildung“. Die Menschen müssen wissen, wie sie Informationen bewerten sollen. Die Frage ist, was findet für mich als Sender statt und was nicht – was ich nicht berichte, findet dann auch für die ZuseherInnen nicht statt.

Das ist ein zentraler Punkt bei allen traditionellen Medien „nicht nur, weil die StudentInnen aufgewacht sind“, meint er in Anspielung auf die Besetzungen von Hörsälen an den Universitäten. Ein eigener Kulturkanal ist für ihn eine „Schreckensvision“, ein Versuch, den Geschmack und die Wahrnehmung der Menschen zu verändern, die Vielfalt auf eine Schiene zu verengen. Ein Beispiel dafür ist das Musikprogramm im Radio, das früher auch Jazz oder südamerikanische Musik vorgesehen hat. Heute gibt es aber junge Menschen, die nicht einmal gängige Bossanova-Lieder kennen.

In der Bildung stehen wir, warnt Skrepek, vor einer Katastrophe, die über uns hereinbricht. Wenn unter diesen Bedingungen Kunst und Kultur in einen separaten Kanal ausgelagert werden, „unterzeichnen KünstlerInnen ihr eigenes Todesurteil“. Was „Mächtige“ uns senden wollen, ist ohnehin keine hochwertige Information, denn allem Eigenständigen werden die Produktionsmittel entzogen, „weil es das Programm als Imitation billiger gibt“. Als Folge dessen kennt die Jugend echte Musik nicht mehr, nur Imitationen. Der ORF muss seinem Auftrag gerecht werden, sonst kann er zusperren.

Ein positives Beispiel ist die Schweiz, wo noch weniger heimische Musik gespielt wurde, bis man sich darauf geeinigt hat, dies zu ändern. Für Staatssekretär Ostermayer wäre so etwas aber „wettbewerbsverzerrend“. Skrepek fordert daher das Publikum auf: „Reden Sie mit Ihrem Abgeordneten darüber, wieso im ORF so wenig österreichisches Schaffen vorkommt“. Für Peter Patzak ist das Programm schlicht

der „Schein der Wirklichkeiten“. Er wünscht sich hingegen „die wirkliche Wirklichkeit“. Nach der geballten Kritik an der Idee eines eigenen Kulturkanals ist Michael Köhlmeier bereit, seine Vorstellung zu revidieren, denn es „geht nicht darum, Kultur und Bildung aussterben zu lassen“. Was man vermisst, kann man sich außerdem im Internet ansehen, da auf Youtube fast jedes Musikstück zu finden ist. Kultur zwischen anderen Inhalten im Programm zu platzieren wird seiner Meinung nach jene Menschen nicht für Kultur interessieren, die sich bislang nicht interessiert haben, deshalb auch sein Wunsch nach einem eigenen Kanal.

Ona B. verweist auf werbefreies Fernsehen in anderen Ländern, etwa in den Niederlanden, wo es staatlich finanziert ist. Das Fernsehen soll Grundinformationen bieten und seinen Bildungsauftrag erfüllen. Wolfgang Reiter meint, Demokratie sei ohne Öffentlichkeit nicht möglich, da sie heute ja hauptsächlich über Medienöffentlichkeit funktioniert. Da kann man dann auch über die österreichische Presselandschaft jammern. Der ORF kann seine Öffentlichkeit auf verschiedene Weise positiv nutzen, durch Nachrichtensendungen, Dokus, Informationen.

Hierbei wäre auch begrüßenswert, gute fiktionale Geschichten zu erzählen, doch „das Fernsehspiel gibt es nicht mehr“. Bei diesem Format wurden früher Themen gewählt, die auch politisch relevant sind, „Hauptsache, es sind gute Geschichten“. Die „Geschichten“, die heute im Fernsehen zu sehen sind, beziehen sich hauptsächlich auf die Mächtigen, während Geschichten fehlen, die von unserem Alltag, unserem Glück, unserer Freude erzählen. Der ORF soll, auch wenn sich alle, besonders wenn gespart werden muss, gerne aufeinander ausreden, Programm für die österreichischen Menschen machen, „für im positiven Sinne, nicht abgehoben, sondern für alle“.

Es kann kein „Programm für 10% der ÖsterreicherInnen“ sein, sondern es muss qualitativer, so gut gemachter Inhalt sein, dass die Leute nicht wegzappen. Die Politik muss da klare Rahmenbedingungen vorgeben. Peter Patzak erinnert an eine Aussage der Chefin von SAT 1, die meinte, aus dem klügsten Drehbuch, das ihr vorgelegt wird, werde nie ein Film, „weil wir nicht dabei sind“. In einen Sender kann man nichts hineinbringen, „was sich ein redaktionelles Hasenherz nicht selbst ausgedacht ist“, ist Patzaks pessimistische Schlussfolgerung.

Früher konnte man bei Ö3 zu Leuten gehen und sagen, hör dir das an – heute „scheffelt Ö3 Tantiemen ins Ausland“, so eine Klage aus dem Publikum. Heute macht Ö3 Formatradio – also warum nicht einfach besetzen? Trautl Brandstaller meint leicht ironisch, „viele NGOs wollen den ORF retten“, doch die wahre Rettung wären ein Tausch des Personals und neue Strukturen. Wolfgang Reiter sagt, die österreichische Filmwirtschaft fordert von der Politik, dass mindestens 25% der Programmgebühren für die Produktion österreichischer Filme und Dokumentationen aufgewendet werden. „Es gibt genug Beispiele bei anderen öffentlich-rechtlichen Sendern, der ORF macht am wenigsten Eigenproduktionen.“

Ona B. meint, der ORF sei doch auch ein Archiv für Auf-

nahmen von Theateraufführungen, denke dabei aber zu wenig an kleinere Produktionen. „Die österreichische Identität ist doch sehr vielfältig, man muss österreichische KünstlerInnen viel mehr zu Gesicht bekommen.“ Michael Köhlmeier könnte „jetzt viele Geschichten darüber erzählen, dass es vor allem um das Verwalten von Kreativität geht“. In allen Telefonaten, die er mit dem ORF etwa um die Sendung „Club 2“ führt, die er manchmal moderiert, geht es „zu 70 bis 90% um ORF-Innenpolitik“.

Von KünstlerInnen im ORF-Publikumsrat hält er nichts, denn sie sollen bei ihrer Arbeit bleiben. „Malraux war ein mittelmäßiger Schriftsteller und fand Rettung in der Politik wie Havel.“ Peter Patzak wünscht sich eine Aufnahmeprüfung für Gesprächspartner beim ORF, denn wenn man beim Drehbuchgespräch österreichische Autoren zitiert, „und in Augen sieht, die Zitate nicht kennen, denen der Name Handke nichts sagt“, braucht man dazu nicht mehr viel sagen.

Peter Paul Skrepek erklärt zu Ö3, dass öffentlich-rechtliches Radio via Formatradio Quote erzielt. Dafür sind Beratungsagenturen und Festplatten voller Songs aus Nürnberg verantwortlich. Selbst CDs, die der Redaktion geschenkt werden, muss sie ignorieren, damit sie nicht in Versuchung kommt, etwas anderes als die Musik der Festplatten abzuspielen. Skrepek war vier Jahre lang im Publikumsrat und weiß, wie man dort als Vertreter der Kunst angesehen wird. „Man muss ein erfolgloser Mensch sein, wenn man KollegInnen vertritt“, ist sein etwas zynisches Fazit.

Versuche anderer, ihn nicht ernstzunehmen, wurden durch einen Wutanfall von Fritz Muliar unterbunden, der klarstellte, dass Skrepek schon etwas von der Materie versteht und dass man ihm zuhören soll. Skrepek verweist auf die UN-Konvention zur Förderung der eigenen Kultur, der auch die EU beigetreten ist. Mit ihr kann man argumentieren, dass entsprechender Inhalt sehr wohl mit Dienstleistung vereinbar ist. Politik ist aus seiner Sicht „ein viel zu ernstes Anliegen, um es BerufspolitikerInnen zu überlassen“. Jene, die es auszulöffeln haben, sollen es auch verantworten.

Dany Krausz spricht von 4300 Betrieben im audiovisuellen Bereich und einer Allianz mit der Werbewirtschaft, die Werbeflächen in heimischen Produktionen braucht. Wenn diese fehlen, dann kommt massiv deutsches Werbefernsehen. Qualität ist seitens der SeherInnen durchaus gewollt, sodass sich der ORF doch darauf einlassen soll. Man kann mit einer in Österreich gedrehten Produktion auch sehr viel Geld ins Land holen, wie Krausz anhand des „Winzerkönigs“ erklärt. Diese Serie ist zwar zu 50% kofinanziert, wird aber zu 100% im Land produziert. Der ORF kann keine Fernsehfilme mehr alleine realisieren, sondern braucht für jeden Film einen Partner. Allerdings werden wir, was auch ein gutes Resümee der Diskussion und Schlusswort ist, unser Fernsehen in Zukunft ohnehin mehr selbst gestalten, und in 10 bis 15 Jahren wird das Fernsehen sowieso ganz anders sein als jenes, das wir heute kennen...

Alexandra Bader

Buchpräsentation: Michael Amon ‚Und sie lügen doch‘

Sprichwörter beim Wort genommen - 100 Wutanfälle

Eine Abrechnung mit neoliberalen Sagern, Politphrasen und sonstigen Zeitgeisterscheinungen

18.11.2009, Republikanischer Club - Neues Österreich, Rockhgasse 1, 1010 Wien

Begrüßung: **Mag. Sibylle Summer** (Republikanischer Club - Neues Österreich)

Einleitende Worte: BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek

Eine kabarettistisch-satirische Lesung durch den Autor

Anschließend: der Autor im Gespräch mit Reinhard Deutsch

Eine gemeinsame Veranstaltung von Republikanischer Club - Neues Österreich und Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik



„Sprichwörter beim Wort genommen – 100 Wutanfälle“ ist der Untertitel des neuen Buches des Wiener Schriftstellers **Michael Amon**, das am 18. November 2009 im Republikanischen Club präsentiert wurde. Einleitend stellte BM a.D. **Hilde Hawlicek** den Autor vor, der 1954 in Wien geboren wurde, und dessen Werk Romane, Theaterstücke und Essays umfasst. Amon schreibt auch Kommentare in Tageszeitungen und kann wohl zu Recht als politischer Schriftsteller bezeichnet werden.

Er spricht das aus, von dem andere meinen „das kann man doch nicht so sagen“. **Reinhard Deutsch**, der mit Amon gemeinsam aus „Und sie lügen doch“ vorträgt, nennt den Autor „Barometer, Seismograph, Alarmanlage“. Dies stellt er auch mit der zu Beginn vorgetragenen Geschichte zu „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ unter Beweis. Deutsch und Amon trugen dem Publikum die Erfahrungen vor, welche die Großeltern des Schriftstellers mit diesem Sprichwort im Laufe ihres Lebens gemacht hatten.

Der Begriff Erfolg des Sparens ist kaufmännisch auch auf Verluste anwendbar, meint Amon, und erinnert bewusst daran, dass die Bonuszahlungen für Manager in jedem Fall steigen. Er erinnert sich an die Weltspartage seiner Kindheit, als man sich anstellte, um noch den „Plunder“ zu

ergattern, während andere nur den „Plunder vom Plunder“ erhielten. Die Sparkassen hatten jedes Jahr Einlagerekorde, die Mülldeponien wurden mit dem Weltspartagsgeschenken gefüllt. Anders als andere Großmütter redete die von Michael Amon dem Enkel nicht zu, er solle doch fleißig sparen.

Sie war einst Bankangestellte, der Großvater hingegen Wirtschaftsprüfer. Die ersten großen Verluste erlitten sie durch die Kriegsanleihen, die im Ersten Weltkrieg patriotisches Muss waren. Dann kam die Währungsreform 1925, die aus 100.000 Kronen 15 Schilling machte. Im Jahr 1926 unternahm die Familie wieder einen „Sparversuch“, wie Amon es ironisch nennt, in Form einer Lebensversicherung bei der Phönix, dem Versicherer im damaligen Österreich und darüber hinaus, „mit Gold gedeckt“, sodass nichts schief gehen konnte.

Die Geschichte, die Amon dann erzählt, hat in den Zeiten der Wirtschaftskrise nicht zufällig recht aktuelle Bezüge, denn die Bilanzen der Phönix wurden seit Jahren gefälscht. Als 1936 Wilhelm Berliner, der Chef der in viele Länder expandierenden Versicherung starb, wurde er zunächst noch groß betrauert, dann aber stellte sich heraus, dass die Bücher jahrelang manipuliert worden. sind Das Defizit betrug

250 Millionen Schilling, 330.000 ÖsterreicherInnen waren bei der Phönix versichert. Es gab mehrere Selbstmorde und Ministerrücktritte, da Bestechung und Manipulation zur Strategie der Versicherung gehörten, ihre wahre Lage zu verschleiern.

Im Jahr 1938 wurde Amons Großvater zum „Märzveilchen“, ein Schilling 50 wurde in eine Reichsmark umgetauscht. 1945 wurde eine Reichsmark zu einem Schilling, wobei dieser dann zwei Jahre später um Zwei Drittel abgewertet wurde. Dann gab es neue Schilling im Kurs von Eins zu Drei, 150 alte Schilling waren 50 neue wert. Nach dem Tod des Ehemannes erhielt die Großmutter eine minimale Witwenrente und konnte nicht in ihren früheren Beruf als Bankkauffrau zurück, sodass sie sich mit schlecht bezahlten Hilfsarbeiten über Wasser halten musste.

Sprichwörter, die Maßhalten als Tugend hinstellen, zerplückt Amon in Serie: „Eigenlob stinkt“ müsste in eine Gesellschaft der Bescheidenheit und Zurückhaltung münden. Stattdessen aber entblößt man sich öffentlich, um nicht entblößt zu werden. Man soll aber auch sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, der schlicht ein Maß für Getreide war. Einer, der sich selbst gut verkauft, wird auch jeden Plunder verkaufen, meint Amon. Und zum Plunder gehört das Klappern, das wir sonst mit dem Handwerk in Verbindung bringen.

Wenn Amon über die Wertpapiere von heute sinniert, bedauert er, dass sie abgesehen vom fehlenden Marktwert auch keinen Brennwert mehr haben, weil sie nicht einmal mehr ausgedruckt werden. Früher konnte man aus wertlosen Wertpapieren wenigstens noch Papierflieger falten, heute kaufen wir die Fiktion der Fiktion. Deshalb ist uns auch „der ganze Markt um die Ohren geflogen“, wobei niemand weiß, wie viel genau verloren wurde. Wir leben nicht in einer Hochleistungsgesellschaft, sondern in einer Hochstaplergesellschaft.

Würden wir uns, wie Sinnsprüche nahe legen, mit wenigem begnügen, brähe unsere Gesellschaft des Wachstums zusammen. „Es wäre der gnadenloseste Umsturz der Gesellschaft, das wahre Glück in der Genügsamkeit zu suchen.“ Man würde uns einsperren, würden wir an die Tugenden glauben, die uns etwa Goethe nahe bringt. Der Dichterstern hatte, wie Amon anhand dessen umfassenden Speiseplans darstellte, nie Schwierigkeiten damit, etwas anderes zu leben als das, was er den LeserInnen nahe legte.

Ein ganz besonderes besinnliches Sprichwort ist das vom Häselein, dem Gott, nachdem er es geschaffen hat, auch ein Gräselein gibt. Denn leider wachsen die Gräselein nicht dort, wo Hungernde sind, „und wo Hungernde sind, wächst bald kein Gras mehr“. Die Kirche könnte aber ihre Nachwuchsprobleme lösen, indem sie Häselein im Pfarrhaus zulässt. Dass Gottes Mühlen langsam mahlen, wird zwar oft als Bibelspruch bezeichnet, stammt aber vom deutschen Barockdichter Friedrich von Logau, der einige Sinnsprüche erdacht hat. Die Hoffnung, dass alle ihre gerechte Strafe erieilt, ist meistens vergeblich. „Banken und andere entgehen

nicht nur der gerechten, sondern jeder Strafe“. Und fair ist auch nicht, dass Hitler dieselbe Hölle bewohnt wie jemand, der „sexuelle Ausschweifungen“ nicht gebeichtet hat.

Von „Strafen“ kann auch in der Politik keine Rede sein, meint der Sozialdemokrat Amon, denn wenn tatsächlich einmal jemand zurücktreten muss, sich dafür nicht länger drücken kann, droht im schlimmsten Fall der Verlust von Dienstwagen und Personal. Man wird nicht mehr mit dem Chefredakteur verbunden, es kommt den ganzen Tag kein Anruf auf eines der drei Handys und man ist nur mehr am Jahrestag des Verzichts von Interesse für die Medien – nach dem Motto „was ist aus ihm geworden?“. Dem Amüsement des Publikums nach zu urteilen, stellt man sich die Welt der hohen Politik tatsächlich so vor.

Amon gibt aber auch eine Anleitung dafür, wie Zeichen zu erkennen sind, die auf einen bevorstehenden Abgang hindeuten. Zunächst ist nach der Wahl immer auch vor der Wahl, sodass keine Zeit dafür ist, Konsequenzen zu ziehen. „Ich übernehme die volle politische Verantwortung“ wird dann ausgesprochen, wenn alles Leugnen nichts mehr nützt und die Partei schon den Nachfolger sucht. Es ist schließlich „die hohe Kunst der Politik, mit Messern zu werfen, die nicht sichtbar sind und trotzdem treffen“.

Die politische Verantwortung ist zunächst aber einfach eine symbolische Handlung, doch „nur furchtlose Naturen wachen nicht schweißgebadet auf, wenn alle wie ein Mann hinter ihnen stehen“. Etwas Bedrohliches und Erstickendes hat auch die Formulierung an sich, dass zwischen zwei Politikern, denen Differenzen nachgesagt werden, „nicht einmal ein Löschpapier passt“.

Inhaltlich hätte sich Amon von der SPÖ erwartet, etwa im EU-Wahlkampf gegen den Neoliberalismus aufzutreten. Denn die vertragliche Grundlage der EU ist neoliberal, da war nie vom Menschen die Rede. Nun müsste etwas gegen nicht mehr kontrollierbare Finanzströme unternommen werden. Amon versucht, dies auch der Partei zu sagen, die jedoch nicht recht realisiert, dass wir uns nicht nur in einer Finanzkrise, sondern in einer tiefgreifenden Krise des Kapitalismus befinden.

Es ist viel zu viel Geld am Markt, und wir haben eine 50%ige Überkapazität der Autoindustrie, an der wiederum 25% der westlichen Wirtschaft hängen.

Statt sich Gedanken darüber zu machen, ob man ein System weiter auf Wachsrum aufbauen sollte, streitet sich die SPÖ darüber, „welcher schwarze Politiker nach Brüssel gehen soll“. Amon ist einfach wütend, wenn (in anderen Ländern) jetzt Banker in Regierungsfunktionen sind, wo sie die Krise doch mitverursacht haben. „Da ist Satire nicht ausreichend“, sowas würde man wohl nicht erfinden. Ein bisschen Bezug zu Österreich hat dies auch, denn Ex-Minister Ferdinand Lacina ist im Aufsichtsrat einer Bank, die bevorzugt Madoff-Papiere verkauft hat.

Das waren, macht Amon deutlich, nur Papiere, zu denen es bis heute bloß Rechenmodelle gibt. Denn die Papiere, die die Krise auslösten, sind bis heute nicht wertberichtigt,

„man weiß nicht, wie man das berechnen soll“. Der Schriftsteller misstraut den Meldungen, dass die Krise ohnehin schon vorbei sei, denn „in den Betrieben sieht es anders aus“. An sich würden die Kapazitäten der Betriebe, die es heute gibt, ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern.

Links sein ist für Amon „die unmittelbare Frage der Gleichheit“, die Frage auch, wie viel Ungleichheit lasse ich zu, wie rechtfertige ich extreme Klassenunterschiede, wenn ich nur ein Leben habe. Zu Sprichwörtern wie „Geld allein macht nicht glücklich“ meint der Autor, dass auch noch ein Banktresor, eine Briefkastenfirma und Latifundien dazugehören. Das ist jedenfalls die herrschende Logik, der auch die Sozialdemokratie wenig entgegengesetzt.

„Die“ Sozialdemokratie gibt es freilich nicht, sie ist eine Sammlung von verschiedenen Menschen. Sie hat „sicher auch Leute mitgenommen, den sie als schneller Weg zum Erfolg“ galt. Das Publikum wollte, fast erwartbar, wissen, wie Amon Bundeskanzler Werner Faymann einschätzt. Er meinte, Faymann bemüht sich, er lügt sicher nicht, er kann es nicht besser, als er es macht. Unverständlich ist beispielsweise, dass die Besetzung des ORF-Intendanten

wichtiger ist als die Entscheidung über den EU-Kommissar.

„Will die SPÖ einen anti-neoliberalen Kurs fahren, indem sie für einen anti-neoliberalen Musikantenstadl sorgt?“ Amon hat beobachtet, dass auch in der SPÖ nach der Bildung der schwarzblauen Regierung Bewegung da war, dass in (damals noch) tiefroten Gegenden Oberösterreichs Säle bei anspruchsvollen Veranstaltungen aus allen Nähten platzten, während heute selbst bei Festen nur wenige Leute kommen. Zur Parteizentrale in der Wiener Löwelstraße hat Amon eine eindeutige Meinung: Geschäftsführerin Laura Rudas gehört ins „Döblinger Damenkränzchen“ und hätte zu Kreiskys Zeiten keinen Fuß in die Löwelstraße gesetzt.

Nach all den Texten und Bonmots dankte Präsident **Josef Kirchberger** namens der Gesellschaft für Kulturpolitik für den hochpolitischen Abend, denn die ZuhörerInnen wurden „selten auf so unterhaltsame Weise in die richtige Richtung geschickt“.

Alexandra Bader

Webseite von Michael Amon:

<http://members.aon.at/michael.amon/>

Kulturpolitik und „1989“ – Aufbruch, Kontinuität und Wandel

Diskussion über die Auswirkungen des historischen Jahres „1989“ – das als Chiffre für das Ende der Teilung Europas steht - auf die Kulturpolitik in Deutschland und Österreich, die kulturpolitischen Herausforderungen für Berlin, Wien, Mittel-Ost-Europa? Welche Hoffnungen gab es? Welche kulturpolitischen Entscheidungen wurden gefällt, die noch bis heute spürbar und sichtbar sind?

2.12.2009, Kunsthalle Wien im MQ

Mit Cornelia Dümcke (Kulturökonomin und -beraterin, D); Josef Kirchberger (Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik); Anke Martiny (Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin 1989-1991, D); Ursula Pasterk (Kulturstadträtin Wien a.D); Moderation: Veronika Ratzenböck (österreichische kulturdokumentation internationales archiv für kulturanalysen); In Kooperation mit österreichische kulturdokumentation internationales archiv und KUNSTHALL E Wien



Ausgesprochen spannend war die Diskussion über die kulturpolitischen Auswirkungen der Wende vor 20 Jahren, die am 2. Dezember 2009 in der Kunsthalle im Wiener Museumsquartier stattfand. Eine Ausstellung zeigt den historischen Hintergrund der Ereignisse, während ein Begleitprogramm mit Vorträgen und Diskussionen die Auseinandersetzung mit den Dimensionen des Wandels vertiefen soll.

Die Diskussion zur Frage der Kulturpolitik sollte den Auswirkungen des Falls der Berliner Mauer auf Kunst und Kultur in Deutschland und Österreich auf den Grund gehen. Kulturpolitik verbindet das Normative und die Kraft des Faktischen mit der Utopie – und welchen Stellenwert Letztere dabei hat, ist wohl aus der Distanz von 20 Jahren leichter zu beurteilen. Damals wurde ja ein Paradigmenwechsel erwartet, es könnte aber auch sein, dass es sich schlicht um Anpassung handelte (des Ostens an den Westen).

Veronika Ratzenböck (Österreichische Kulturdokumentation – Internationales Archiv für Kulturanalysen) moderierte

die Diskussion mit einem sehr „frauenbesetzten“ Podium. Sie erinnert daran, dass wir in den letzten Wochen, also nachdem sich der Mauerfall zum zwanzigsten Mal jährte, sehr viel gehört haben über dessen historische Bedeutung. Nun aber geht es darum, welche Auswirkungen 1989 auf die Kulturpolitik hat, und zwar, in dem entscheidende Momente von damals, aber auch die langfristigen Entwicklungen beleuchtet werden.

Hautnah erlebte es **Anke Martiny** mit, die von 1989 bis 1991 Kultursenatorin in Berlin war. Sie gehörte auch für sieben Jahre dem deutschen Bundestag an als SPD-Abgeordnete und ist heute freie Publizistin. In den späten 60er Jahren studierte Martiny, die über Haydn-Oratorien dissertierte, übrigens in Wien. Cornelia Dümcke studierte in Ostberlin Kulturökonomie, eine Besonderheit der DDR-Hochschulen, die kein Äquivalent in Westdeutschland hatte. Sie machte sich 1991 selbständig mit dem Büro Culture Concept und erstellt unter anderem Studien für die UNESCO. Auch sie hat Medienerfahrung, und zwar bei Jugendsendungen im DDR-Fernsehen.

Ursula Pasterk war von 1987 bis 1996 SPÖ-Kulturstadträtin in Wien und ist heute wie Anke Martiny als freie Publizistin tätig. Sie dissertierte über den Utopiebegriff bei Ernst Bloch, den sie auch heute gerne zitiert, und arbeitete vor ihrer politischen Tätigkeit als Journalistin für den ORF und für das „profil“. **Josef Kirchberger** ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik und leitete Büros von MinisterInnen wie Rudolf Scholten oder Hilde Hawlicek. Er ist außerdem Geschäftsführer der ART for ART Theater-servicegesellschaft.

Anke Martiny versetzte alle auf packende Weise in die Tage des November 1989. Bezogen auf den Titel der Diskussion meint sie, für „Aufbruch, Kontinuität und Wandel“ war zunächst der Zusammenbruch des Bestehenden die Vorbedingung. Diesen wollte aber keiner, weder die östliche noch die westliche Seite. Martiny betont, dass die ehemalige DDR beim Wandel enorme Unterstützung durch den Westen hatte. Solche Bedingungen hatte kein anderes Land, sodass alle anderen Verteilungskämpfe durch die Globalisierung und bittere Armut für viele Menschen erlebten.

Andererseits war aber auch nirgendwo die Konfrontation so stark, denn die Menschen in Deutschland-West und Deutschland-Ost wurden „praktisch 40 Jahre lang aufeinander gehetzt“. Auf beiden Seiten der Grenze sagte man Menschen, die in ihrer Meinung ein bisschen von der Mehrheit abwichen „wenn's dir hier nicht passt, dann geh doch nach drüben!“. Martiny meint, der gesellschaftskritische Teil der Bevölkerung (und außerhalb Deutschlands die Linke) habe dies nie verstanden. So lastete auf der SPD der Druck, sich deutlich abzugrenzen, um nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, den Kommunismus einführen zu wollen.

Der 9. November 1989 ist Anke Martiny sehr lebhaft in Erinnerung. Sie war seit dem 17. März des Jahres Kultursektorin im rotgrün regierten Berlin. Im Sommer kamen auffällig viele Polen nach Westberlin, sie „unterwanderten“ es aufgrund gelockter Ausreisebedingungen. Auch Ungarn taten sich schon leichter, sodass Westdeutschland einen Verteilungsschlüssel festlegte, damit diese Menschen und die aus Polen überall aufgenommen werden. Letztlich landeten sie aber doch in Westberlin, wo bis November alle Quartiere voll waren.

Am 9. November gab es schließlich eine Sondersitzung des Senats, bei der beraten werden sollte, was zu tun ist, wenn sich die Ausreiseregulierung der DDR ändert. Es wurde erwartet, dass es um Weihnachten so weit sein wird. Dann unterbrach ein Bote die Sitzung und berichtete, dass ein Grenzübergang von Menschen aus Ostberlin überrannt worden ist. Das Meeting wurde beendet, der Bürgermeister fuhr mit dem Auto zur Grenze, und Martiny selbst ging nach Hause.

Vom Sitz der Kulturbehörde bei der Gedächtniskirche aus wurden am 10. November alle, die sich unten auf den Straßen drängten, mit Kaffee und Brötchen verköstigt. An das Entwickeln von Perspektiven, die sich aus den Ereignissen ergeben, war damals nicht zu denken. Es gab dann gemeinsame Sitzungen von Senat West und Senat Ost, abgehalten im „Roten Rathaus“ am Ostberliner Alexander-

platz, weil hier genug Platz war. Martiny erinnert sich, dass sofort nach Menschen in den Ressorts gesucht wurde, die Verantwortung übernehmen können, denn die Kulturpolitik Ost war „absolut zentralistisch gelenkt“.

So gab es im Westen einen Gesamt-Kulturetat, im Osten aber nur ein Budget der Gesamt-DDR. Als Folge dessen wusste kein Theaterleiter, was eine Inszenierung kostet, „aber alle hatten enorme Lager, beispielsweise von Glühbirnen“, da man sich nicht sicher sein konnte, wann es etwas zu kaufen gab. Es wurde dann versucht zu schätzen, wie hoch die Kulturausgaben in Ostberlin in etwa zu veranschlagen sind. Man nahm an, dass der Osten der Stadt wie der Westen 500 Millionen DM ausgab, für gesamt 3,5 Millionen Menschen und durch die Sonderrolle Berlins bedingt (ein so hohes Kulturbudget hat keine andere Stadt der Welt).

Cornelia Dümcke korrigiert das etwas eindimensionale Bild, das wohl manche von den Bedingungen des Kulturschaffens in Ostdeutschland hatten. Nicht alle wollten nach drüben gehen, weder vor noch nach dem Fall der Mauer. Viele haben sich über einiges geärgert, wollten aber bleiben. Dann hat eine so genannte friedliche Revolution den Wandel gebracht, an der auch KünstlerInnen und kulturelle AkteureInnen stark beteiligt waren. Theater definierten ihre Beteiligung so: „Wir treten aus unserer Rolle heraus.“

Freilich haben ostdeutsche IntendantInnen, RegisseurInnen, SchauspielerInnen nie mehr jene Bedeutung erfahren, die sie in der Zeit des Umbruchs hatten. Es ging aber dennoch viel Kraft von diesen Menschen aus und sie wahrte auch noch lange. Dabei zeichneten sich besonders Theater, Film und Literatur aus (man denke etwa an Christa Wolf, Christoph Hein, Volker Braun). Freilich haben nur wenige Orte, zum Beispiel die Volksbühne, ihre Kraft über die 90er Jahre erhalten. Man war, so Dümcke, „laut, poppig, frech, politisch“. Heute ist Berlin jedoch nicht mehr „heiß und kalt, sondern cool“.

Kulturpolitisch war 1989 nicht so sehr Aufbruch als vielmehr Zusammenbruch, denn es gab auch Ängste in Ost und West. In Berlin entstanden bald die ersten Barrieren, nicht nur kultureller Art. So wurde 1993 das Schiller-Theater geschlossen, aber vieles überlebte dennoch. Vom großen Aderlass kann man nicht sprechen, doch traf es auch Theater in Westberlin und vor allem Bibliotheken im Osten. Und ganz besonders betroffen waren die KünstlerInnen, für die es biografische Brüche und Neuorientierungen, aber auch neue Möglichkeiten gab. Im Westen wurde angenommen, dass KünstlerInnen im Osten Dumpingpreise machen, während diese KünstlerInnen lernen mussten, was Marktwirtschaft ist. Interessanterweise wurden dann, als Deutschland vereinigt wurde, Kulturpläne gefordert, die man eher als typisch für den Osten ansehen würde.

Ursula Pasterk erinnert sich, dass sich das Wiener Kulturbudget in ihrer Amtszeit verdoppelte. „Wien war ja auch vom Image her Drehscheibe in den Osten“. Sie verweist auf die gerne vorgebrachte These, wonach Kunst seismographisch ist und Veränderungen antizipiert. Nun, der Schwerpunkt der Wiener Festwochen im Jahr vor 1989 war „Im

Osten viel Neues“. Auf dem Spielplan standen Gastspiele von Ensembles aus Russland, Polen, DDR und Ungarn.

Aus ihrer Sicht war 1989 nicht so sehr ein Epochenbruch, sondern der Zusammenbruch zweier Utopien: einerseits der vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz; diese Vorstellung war „futsch: wo sollte er je stattfinden?“. Andererseits gab es die Hoffnung und den Wunsch, dass auch die Ungleichheit zwischen den Menschen in sozialer und ökonomischer Hinsicht verschwindet, wenn es keine Gegensätze zwischen Ost und West mehr gibt.

Zum Thema Seismograph ist auch interessant, dass es 1989 ein Symposium „Neue Heimat – Neue Fremde“ gab. Wir sollten dies unter dem Aspekt bedenken, meint Pasterk, dass ja „so viele Probleme mit Haiderismus und Fremdenhass überhaupt erst auf uns zugekommen sind“. Wien setzte dem auch kulturell einiges entgegen, mit Weltoffenheit, Internationalismus, zeitgenössischer Kunst und neuen Einrichtungen wie dem Architekturzentrum.

Als es um die Gründung des Jüdischen Museums ging, stand auch ein Neubau zur Debatte. Damals hat aber „der Haiderismus“ schon begonnen, sodass Bürgermeister Helmut Zilk und Stadträtin Ursula Pasterk beschlossen, „gehen wir lieber ins Dorotheum“, statt dass es wochenlange Auseinandersetzungen gibt. In den 90er Jahren hatte Wien nur 10 Galerien für zeitgenössische Kunst, heute sind es 60. „Wir sind nicht nur Freilichtmuseum“ war das Motto dieser Veränderungen. Man habe kulturpolitisch viel gelernt in Richtung Weltoffenheit, sagt Pasterk, und das ist auch kennzeichnend für eine Veränderung der politischen Kultur.

Josef Kirchberger war „damals“ Büroleiter von Ministerin Hilde Hawlicek und meinte, die Entwicklung einer Öffnung und eines Wandels sei auch vorangetrieben worden. Das Spektrum der österreichischen Kulturpolitik war größer als das der Westdeutschen, da man bei uns die DDR zwar auch für wichtig befand und gute Beziehungen pflegte, jedoch ebenso zu anderen Staaten. Als Beispiele sind Ungarn und das ehemalige Jugoslawien zu nennen, wo es schon vorher einen regen Kontakt gab. Mit anderen Ländern wie der damaligen CSSR gab es hingegen wenig Austausch. Nach dem Mauerfall hat die KulturpolitikerInnen in Österreich bewegt, „was wir dem entgegenzusetzen können, dass die Ökonomie bald über die Grenze (nach Osten) kommt“.

Die KünstlerInnen im Osten waren oft ambivalent, denn die offizielle Kunst wurde sehr gefördert. Viele waren mal dabei bei Ausstellungen, mal nicht. Auf Basis dieses Wissens über die Szene jenseits des einstigen Eisernen Vorhanges (übrigens ein Begriff aus der Theatersprache, wie die Ausstellung zu 1989 informiert) war es für Österreich ein Anliegen, etwas zu bewegen. Deshalb wurde im April 1990 zu einer Ostminister-Konferenz nach Wien eingeladen. Dabei gab es eine Mischung aus Vertretern der alten Regierungen wie den offiziellen sowjetischen Kulturminister, aus Vertretern von Regierungen wie jener Bulgariens, bei der nicht klar war, ob sie bereits eine Wenderegierung ist, und eindeutig neuen Leuten wie dem rumänischen Minister Andrei Plesú, einem Autor und Paradeintellektuellen.

Plesú hielt eine Rede von „sehr hohem Niveau“, die auch heute noch besticht. Er sprach davon, dass es zuvor einen Riss durch Europa gab und dass nun die „gebrechlichen Hälften“ des Kontinents zueinander fänden. Kirchberger weist aber auch auf negative Folgen der Wende hin wie den „extremen Nationalismus“, den sie hervorgebracht hat und der im Krieg am Balkan gipfelte. Es entstanden Staaten, die es vorher nie gab, wie Slowenien oder Kroatien, während zumindest Litauen schon einmal existiert hat.

Hier ist der EU als großem Friedenswerk zu danken, da sie Handlungsbedarf sah und einen Integrationsprozess vorantrieb, der immer noch im Gange ist. Leider, bedauert Kirchberger, hat der Nationalismus auch vor Österreich nicht Halt gemacht. „Wir sind sehr unerfolgreich im Weg des Mit einander“. Wir müssten die Wertschätzung des anderen in die Gehirne tragen, und dazu leistet die Kulturpolitik einen Beitrag. Österreich ist aber immer noch davon geprägt, „Fremdes als minderwertig zu sehen“. Außerdem herrscht kapitalistische Ethik mit der Gleichung arm ist schlecht und dumm.

Wir müssen die kulturellen Leistungen anderer Menschen kennen, um sie wertschätzen zu können. „Damals“ wurden in einem Fonds sofort 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt für Kulturaustausch und zur Förderung von Übersetzungen. Mittlerweile hat „Kulturkontakt“ eine „kleine Bibliothek an Belegexemplaren“, wobei auch österreichische Literatur in andere Sprachen übersetzt wurde. Außerdem wurden auch zwei österreichische Schulen in Budapest und Prag gegründet, viele SchülerInnenaustauschprogramme durchgeführt und LehrerInnen aus den Nachbarstaaten geholt und hier geschult.

Ursula Pasterk meint zum „aufstrebenden Rechtspotential“, dass es eine ziemlich dumme Behauptung ist, Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel habe Haider „neutralisiert“. Sie ärgert sich auch über Haltungen wie „ätsch, mit dem Sozialismus braucht ihr uns nicht mehr kommen“ beziehungsweise, dass mit dem Fall der Mauer ohnehin nichts besser geworden sei. Den KünstlerInnen ist es immerhin nie so gegangen wie zum Beispiel den Krankenschwestern und den Menschen in anderen Berufsgruppen, die im Osten nur die Hälfte von dem verdienen, was ihre KollegInnen im Westen erhalten. Das sind eben einfach „knallharte Bedingungen und Fakten“.

Cornelia Dümcke ist auch in der Entwicklungszusammenarbeit tätig und kuratiert Projekte etwa in Zentralasien. Daher ist sie mit der Fragestellung vertraut, warum sich manche Länder schneller entwickeln als andere. Dies lässt sich auch bezogen auf die ehemaligen Ostblock-Länder feststellen, und es zeigt sich unter anderem in der Kultur, darin, wohin sich die Künste entwickeln. Es bestand auch sehr lange die Ansicht, dass sich nur der Osten transformieren müsse, nicht aber auch der Westen. Dies ändert sich allerdings durch die Krise der Finanzmärkte.

Für Ursula Pasterk zeigt sich hier das „Herrschaftswissen des Westens“, das lange unangefochten war. Josef Kirchberger weist auf eine Errungenschaft des geeinten Deutsch-

land hin, die dem Osten zu verdanken ist. Es gab früher keine zentrale Kulturpolitik, zehn Jahre nach der Wende wurde sie aber eingeführt. Anke Martiny meint, es gibt auch heute noch Konferenzen der KultusministerInnen der Länder, aber manches wird durchaus zentral angegangen. Österreich hat nach dem Ersten Weltkrieg vieles getan, das Deutschland erst in der Gegenwart in Angriff nimmt.

Notwendig ist beispielsweise die Übernahme der preußischen Gärten und Schlösser, welche die DDR habe verkommen lassen. Nach den alten Regeln hätte Berlin die Sanierung finanzieren müssen, es sich aber niemals leisten können. DDR-Kultureinrichtungen waren „personell extrem überbesetzt“, sagt Martiny, denn es gab ja offiziell keine Arbeitslosigkeit. Alle Theater sorgten für alte SchauspielerInnen, die nicht im Rentensystem waren. Es war dann „ungeheuer schwierig, dies zu entflechten“, und das gilt auch für alle Länder des Ostens.

Bei der Zentralbibliothek in Ostberlin herrschte Büchermangel, und als der Westen daran ging, diesen zu beheben, zeigte sich, dass die Menschen vor allem Computerbücher, Reiseliteratur und Kochbücher wollten. Was für uns wertebesetzt ist, war nicht so wichtig, denn die Menschen wollten Reisen und Konsumieren. „Das hat sich erst in den letzten Jahren eingependelt“, aber wir haben wahrscheinlich ohnehin einen falschen Blickwinkel. Denn es kommen gerade die entscheidenden kulturpolitischen Impulse aus dem Osten, wie man aktuell am Literaturnobelpreis für die Rumäniendeutsche Hertha Müller sehen kann.

„Wir konnten ja von Berlin aus als Einzige nachsehen gehen, wie es aussieht“ meint Martiny zum Transformationsprozess. Im deutschen Einigungsvertrag wurde schließlich das Verhältnis Bund – Länder geregelt, nicht aber das zwischen Ländern und Kommunen. Das wirkt sich gerade im Bereich Kultur aus, die ja zu 90% kommunal ist. Es wurden dann 900 Millionen DM als Übergangsförderung erstritten, sagt Martiny. Auch in Österreich ist Kulturpolitik eine kommunale Aufgabe, erklärt Ursula Pasterk. Ministerien schaffen Rahmenbedingungen, die Stadtebene agiert dann unter dem Motto „Gestalten statt verwalten“.

„Damals“ wurden unsere Werthaltungen auf den Kopf gestellt – es gab beispielsweise die Debatte, ob Ost-Verlage nicht nur geschützte Werkstätten für LektorInnen sind. Viele Verlage sperrten zu, viele LektorInnen wurden entlassen (viele AutorInnen und MusikerInnen konnten nicht einmal ihr eigenes Werke vor der Vernichtung retten, da die für den Westmarkt zu billigen Produkte eingestampft wurden). Etwas enttäuscht waren manche im Westen wohl auch, dass die Menschen aus dem Osten „zu Aldi und nicht ans Schwarze Meer“ wollten. Mit anderen Worten: sie wollten die Tagträume der Westler, die sich diese längst erfüllt hatten, leben – „natürlich hatte das auch Folgen für die Kultur“.

Die Bundeskunstpoltik wird bei uns, wie Josef Kirchberger erläutert, von Artikel 17 der Privatwirtschaftsverwaltung geregelt. Dabei ist die eigentliche Kompetenz zwar kommunal, das Bundeskunstabudget aber durchaus relevant. Große Institutionen können ohne Förderungen aus diesem Budget nicht überleben. Dazu gehören die Bundestheater,

die nach dem Ende der Monarchie in den Besitz des Bundes kamen und zuvor dem Kaiser gehörten.

Cornelia Dümcke meint, nach der Wende sei ein Diskurs auf gleicher Augenhöhe erwartet worden, was aber in der Praxis so schwer möglich ist. „Man dachte, der Zeitraum wäre kürzer, aber es dauert wohl Generationen.“ Es hat aber eine starke politische Auseinandersetzung über die Zukunft und die kommende Gesellschaft gegeben. Dabei muss man aber auch die Dynamik des Prozesses berücksichtigen, die nicht so viel Spielraum für Reflexionen ließ. Man konnte nämlich nicht mal jene Institutionen aufrecht erhalten, die getrennt weiter bestehen sollten.

Dümcke fragt, wo denn heute das Interesse an Osteuropa und an den KünstlerInnen geblieben ist. Die „Guten“ sind aus ihren Heimatländern weggegangen, es fehlen nun Austausch, Aufmerksamkeit und Dialog. Das Interesse verschiebt sich auf andere Regionen, etwa auf China. „Das ist aber auch eine Nord-Süd-Geschichte.“

Anke Martiny verweist darauf, dass sich in Deutschland das kulturelle Interesse ja auch auf Berlin konzentriert, also unterschiedliche Regionen auch verschieden wahrgenommen werden. Allerdings spielt Berlin im internationalen Austausch eine ziemlich wichtige Rolle. Inputs kommen da nicht nur aus Süd- und Osteuropa, sondern auch von außerhalb Europas.

Ursula Pasterk spricht von der „Melancholie der Erfüllung“ (Bloch), denn wir haben so sehr darauf gehofft, dass Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit real werden, dass wir nun nach der Wende „absolute Langeweile“ empfinden.

Wir haben immer noch politische Kunst, und wirklichen Paradigmenwechsel hat es gar keinen gegeben, meint Josef Kirchberger. Politische Kunst ist anders als zu einer Zeit, wo der Ost-West-Konflikt unsere Welt bestimmt hat. Natürlich hat dieser die Kunst beeinflusst, die in der Auseinandersetzung mit politischen Fragen eine andere Perspektive bekommen hat.

Hilde Hawlicek war nicht nur Ministerin, sondern auch Abgeordnete. Sie erinnert sich daran, wie 1979, als sie Kultursprecherin der SPÖ war, heftig über die Verankerung der Freiheit der Kunst in der Verfassung debattiert wurde. Seit damals, ist ihre Überzeugung, werden KünstlerInnen von der Gesellschaft viel mehr akzeptiert. Hawlicek gehörte auch dem EU-Parlament an und weiß von dieser Ebene zu berichten, dass im Kulturausschuss stets wichtig war, den KünstlerInnen aus Osteuropa mit Wertschätzung und auf Augenhöhe zu begegnen.

In Frieden leben zu können und Kulturaustausch bieten KünstlerInnen die Möglichkeit zu einer ganz anderen Entwicklung. Oder, um es mit George Tabori zu sagen, KünstlerInnen erwarten von der Politik, in Ruhe arbeiten zu können. „So schlecht“ war es ihres Wissens übrigens nicht in der DDR, denn alle hatten ihren Job, alles waren noch eingebunden. Es gab zwar Zensur, aber subventionierte Kunst mit sozial abgesicherten AkteurInnen. „Wunderbarer

Westen – im Osten alles schlecht“ oder „nur, die sich arrangierten, konnten KünstlerIn sein“ sind Vorstellungen, die zu sehr vereinfachen.

An der von Josef Kirchberger beschriebenen Kulturministerkonferenz im April 1990 nahmen auch Kulturschaffende teil, erinnert sich Hawlicek. Auch sie lobt die Übersetzungsprogramme, die durch „Kulturkontakt“ zustande kamen. „Es wird sich ökonomisch angleichen“ ist ihre Prognose, denn „heute haben alle Bananen“ und zudem ein doppelt so hohes Wachstum wie im Westen.

Zum Schicksal einiger Kultureinrichtungen in Ostdeutschland meint Cornelia Dümcke, dass Verlage und Filmindustrie am meisten betroffen waren. Die Bezirke konnten in der DDR einigermaßen autonom wirtschaften, aber eben mit begrenzten Mitteln, sodass es einen Lehrstuhl für Kulturökonomie gab. Der Einigungsvertrag konnte vieles im positiven Sinn verhindern, da festgeschrieben wurde, dass „die kulturelle Substanz“ keinen Schaden nehmen darf.

Dies hat besonders der kommunalen Ebene sehr geholfen, wie sie sich erinnert. Nun stellen sich in Ost und West die gleichen Fragen, etwa, wie eine Gesellschaft, die von Globalisierung und Neoliberalismus geprägt ist, durch die Künste beschrieben wird. Dafür braucht die Kulturpolitik aber kein Konzept, denn es muss von den Menschen, den KünstlerInnen selbst kommen. Als AkteurInnen sieht sie nicht nur KünstlerInnen, da es jetzt auf Change Makers ankommt, das sind alle, die den Wandel in schwierigen Regionen durchstehen und gestalten, die nicht nur kritisieren.

Anke Martiny bringt den Aspekt ein, dass „damals“ ja auch neue Länder gegründet werden musste, denn in der DDR war die gesamte Struktur auf Ostberlin ausgerichtet. Damit dabei die Kultureinrichtungen nicht unter die Räder kamen, gab es in den ersten Jahren ein Kulturförderprogramm. Bedauerlich ist für sie, dass die frauendominierte Berliner Landesregierung nie wieder erreicht wurde, denn ihr gehörten

acht weibliche und fünf männliche Mitglieder plus regierender Bürgermeister an. Vor der Wende war es möglich, in der Berliner Stadtkultur frauenpolitische Akzente zu setzen. Mit dem Mauerfall konzentrierten sich aber alle darauf, mit den neuen Anforderungen fertig zu werden, und die frauenpolitische Chance kam nicht wieder.

Ursula Pasterks Erfahrungen sind insofern vergleichbar, als dass nach ihr keine Frau mehr in Wien für Kultur verantwortlich war und auch auf Bundesebene erst seit zwei Jahren mit Ministerin Claudia Schmied wieder eine Frau zuständig ist. Sie bedauert, dass Kunst in der Regierungserklärung 2008 nicht einmal mit einem Satz vorkommt und fragt, ob Bundeskanzler Werner Faymann jemals in einem Theater gesehen wurde.

Ihr Fazit: „Die derzeitigen PolitikerInnen fürchten sich vor der Kunst, oder sie ist ihnen egal.“ Als sie den Autor Peter Turrini einmal fragte, wieso er nichts mehr gegen Haider unternehme, meinte dieser „soll ich Sprecher der SPÖ sein?“. Pasterk fragt also ihrerseits, wie wir Politik(erInnen) dazu bringen, Kunst wieder ernst zu nehmen.

„Wo waren Sie am 9. November 1989“, will Moderatorin Veronika Ratzenböck abschließend noch von allen wissen. Anke Martiny hat ja bereits zu Beginn erzählt, dass der Berliner Senat tagte und von einem Boten Nachricht erhielt, dass Menschen durch die Mauer gebrochen sind. Ursula Pasterk war in Hamburg und wurde unter anderem von einem Taxifahrer informiert.

Cornelia Dümcke lag im Bett und wurde von ihrem Freund angerufen. Sie nahm die Information nicht besonders ernst, stellte aber am Morgen fest, dass sie nicht geträumt hatte. Josef Kirchberger verbrachte die Zeit vor dem Fernseher und weiß noch, dass er viel telefoniert hat mit Menschen, welche die Ereignisse ebenfalls gebannt verfolgten.

Alexandra Bader